Einzelpreis 30 000 Mark

Halle, Dienstag, den 28. August

Jahrg. 1923 • Nr. 200

Schriftleitung: Harz 42/44. Hinterh. II. Fernruf 4667. Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit dem täglich. Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Den Frauen" und „Unserer Jugend". Unverlangt eingesandt. Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Sprechstunden der Redaktion: mittags von 12 bis 1 Uhr. Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan der genossenschaftlich. u. gewerkschaftl. Organisat. u. amtl. Organ verschied. Behörden.

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4605. Buchhandlg. u. Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstr. 27. Postscheckkonto Nr. 208 19 Erfurt. — Bezugspreis: Für Monat August einschl. erfolgter Vorauszahlung und der Zustellungsgebühr 400 000 Mk.; durch Postbezug oder Selbstabholung 80 000 Mk. weniger zuzügl. der Postgebühr. Die Preise sind durch den Druck der Verhältnisse freibleibend. Anzeigenpreis: Für die 10gep. Mill.-Zeile 62 000 Mk. i. Anzeig.- u. 248 000 Mark i. Textteil (Rekl.).

„Der letzte Pfeil im Köcher Deutschlands."

„Die Notwendigkeit der Großen Koalition."

Von Karl Kautsky.

Das Ministerium der Großen Koalition ist von der deutschen Sozialdemokratie nicht mit ungemischter Freude aufgenommen worden. Selbst diejenigen, die sich mit ihm abgefunden haben, betrachten es vielfach nur als kleineres Uebel. Und doch bedeutet es weit mehr: es ist die einzige Regierung, die noch die Möglichkeit eines Ausweges bietet aus der entsetzlichen Situation, in die Deutschland in den letzten Monaten geraten ist. Versagte auch diese Regierung, so wäre das der Anfang vom Ende. Neuwahlen würden den Bankerott nur noch bekräftigen, wenn eine geregelte Wahlagitation überhaupt noch möglich wäre. Es ist eine unglaubliche Illusion, zu erwarten, sie würden eine geschlossene sozialdemokratische Mehrheit bringen.

Mancher unserer Freunde vergleicht die heutige Situation mit der Deutschlands im November 1918 oder der Rußlands im Jahre vorher. Im November 1918 war die Parole der Arbeiterregierung sicher am Platze, aber diejenigen, die sie damals unmöglich machten, indem sie den Bürgerkrieg innerhalb des Proletariats predigten und betrieben, haben ihr damit für Jahre hinaus den Boden entzogen.

Anders ging es in Rußland 1917. Dort führte die aus dem Unterliegen im Kriege hervorgehende Revolution zunächst nicht zu einer rein sozialistischen, sondern zu einer bürgerlich-sozialistischen Koalition, die versagte und dem Bolschewismus den Weg ebnete. Wird die sozialistisch-bürgerliche Koalition Deutschlands 1923 das gleiche Ende nehmen? Nur äußerliche Aehnlichkeiten sprechen dafür. Die Situation ist heute eine ganz andere als damals.

In Rußland trachtete die Koalition, den Krieg weiterzuführen, um zu einem Verständigungsfrieden zu gelangen. Ihr traten die Bolschewisten gegenüber mit der Forderung sofortiger, bedingungsloser Kapitulation, ja noch mehr: sie betrieben das sofortige Auseinanderlaufen der Armee, so daß Ludendorff und Wilhelm völlig freie Hand in Rußland bekamen. Die Bolschewisten siegten über die Koalitionsregierung, weil die Mehrheit der Bauern und der Armee hinter ihnen stand, die nach Hause wollte und sich den Teufel darum bekümmerte, was aus dem Reiche wurde.

Die heutige Politik des Kommunismus ist entgegengesetzter Art. Er wirft den Sozialisten in der Koalition ihren Mangel an Nationalismus vor und fordert selbst aufs energischste den aktiven Widerstand gegen die fremden Eindringlinge. Darin freilich ist er sich gleich geblieben, daß er 1923 wie 1917 seine Politik betreibe, ohne sich im geringsten um die Konsequenzen zu kümmern, die sie für das Reich, das heißt die Gesamtmasse des Volkes, nach sich ziehen wird, daß ihn bloß die augenblickliche agitatorische Wirkung seiner Parolen interessiert. Und auch darin ist er 1923 seiner Haltung von 1917 treu geblieben, daß er heute wie damals mit Ludendorff kolettiert und vielleicht auch konspiriert und auf die Armee und auf die Bauern spekuliert.

Aber dabei ist heute der Gegensatz zur Koalition doch nicht so groß wie 1917. Damals bedeutete er den Gegensatz zwischen der Fortsetzung des Krieges und der Kapitulation. Heute denkt in Deutschland niemand an Kapitulation. Fortsetzung des Widerstandes fordert jedermann. Der Gegensatz liegt darin, daß die Koalition danach trachtet, durch eine baldige Verständigung den Widerstand überflüssig zu machen, während die um Radek im Verein mit denen um Ludendorff den Widerstand verschärfen wollen, um jede Verständigung unmöglich und einen Abschluß des Ruhrkonflikts durch ein ungeheures Blutbad unvermeidlich zu machen.

Diejenigen unter den Kommunisten und Nationalisten, die so spekulieren, verfügen indes nur über einige Banden katilinarischer Existenzen, die jede Feuersbrunst willkommen heißen, bei der Aussicht auf Plünderung winkt. Aber den Massen der kommunistischen Arbeiter wie der nationalistischen Bauern widerstreben die Greuel des Krieges ebenso sehr wie unsern Genossen, sie werden sich durchaus nicht dagegen wehren, sondern es freudig begrüßen, wenn eine Verständigung mit Frankreich und damit ein wirklicher Friede möglich wird. Die Koalitionsregierung wird dabei die große Mehrheit der Nation hinter sich haben, während sie 1917 in Rußland die Mehrheit gegen sich hatte.

Und Aehnliches wie für die äußere gilt für die innere Politik. Die Koalition von 1917 scheiterte daran, daß ihre bürgerlichen Elemente Bedenken trugen, den Besitzenden jene Opfer aufzuerlegen, die durch die Situation geboten waren. Die Kapitalisten sabotierten Konzessionen an die Arbeiter, die Grundbesitzer wollten den Bauern ihren Boden nicht geben. Wie aus der Parole sofortigen Friedens schöpften die Bolschewisten aus der Forderung sofortiger und völliger Expropriation der Kapitalisten und Grundbesitzer ihre siegreiche Kraft. Sie gewannen damit nicht nur die unwissenden Mitglieder der industriellen Arbeiterschaft, die sich einbildeten, mit der bloßen Verjagung der Kapitalisten und ihrer Angestellten aus den Fabriken sei die sozialistische Produktion schon in Gang gebracht, sondern auch den landhungrigen Teil der Bauernschaft.

Damals entstand die Idee einer „Arbeiter- und Bauernregierung" als Form der Revolutionsregierung. Aber es ist bodenlose Dummheit oder gewissenlose Spekulation auf bodenlose Dummheit, wenn man diese Parole heute in die deutschen Massen wirft.

Auch heute, wie 1917 in Rußland, sind in Deutschland Opfer von den Besitzenden geboten, jedoch weit geringerer Art als damals. Man verlangt von ihnen nur, daß sie in demselben Maße nach Maßgabe ihrer Kräfte durch Steuern zur Rettung des Staates beitragen, wie es die arbeitenden Klassen schon seit Jahren tun. In schamloser Weise haben sich die Besitzenden seit dem Beginn des Krieges um diese Pflicht herumgedrückt, gestützt auf die Politik der Inflation, die Herr Helfferich eingeführt hat, die den Schiebern und Agrariern nicht nur Steueropfer ersparte, sondern ihnen sogar zur Quelle reichster Gewinne inmitten des größten Elends wurde.

Dieser Politik gilt es jetzt ein Ende zu bereiten. Es ist sicher nicht ausgemacht, daß die Große Koalition die Kraft dazu aufbringen wird, aber geradezu unsinnig ist es, von einer Bauern- und Arbeiterregierung mehr zu erwarten. Denn gerade die Bauern waren bisher die stärkste Stütze der Inflationspolitik, gerade sie haben sich am energischsten gegen jede größere Besteuerung gewehrt. Und dabei ist der deutsche Bauer über das revolutionäre Stadium längst hinaus, er ist zum reaktionärsten Faktor unter den Massen der deutschen Gesellschaft geworden, ohne ihn besäßen die Stinnes und Hitler längst nicht die Macht, über die sie verfügen. Und gerade sie sollen die berufenen Verbündeten des revolutionären deutschen Proletariats sein!

Gedankenloser kann man wohl nicht fremde Schlagworte einer früheren Zeit aufnehmen und propagieren!

Eines aber zeigt das Schlagwort von der Bauern- und Arbeiterregierung deutlich. Es beweist, daß selbst die Kommunisten an der augenblicklichen Möglichkeit einer reinen Arbeiterregierung zweifeln. Eine Bauern- und Arbeiterregierung ist auch nur eine Koalitionsregierung. Aber ausgerechnet eine solche mit den schlimmsten Feinden des Proletariats. Das Wort der Bauern- und Arbeiterregierung soll nur eine Verschleierung der Idee jener Koalitionsregierung sein, die von den Kommunisten mit den extremsten Nationalisten angestrebt wird. Die Regierung Stresemann-Hilferding soll gestürzt werden, um der Koalition Radek-Ludendorff und Koenen-Hitler Platz zu machen. Diese Koalition und nicht eine reine Arbeiterregierung ist augenblicklich die einzige Alternative der Großen Koalition. Damit ist die Gegnerschaft gegen diese genügend gekennzeichnet.

Es ist leider möglich, daß es der Regierung Stresemann-Hilferding nicht gelingt, der Folgen der Inflation völlig Herr zu werden. Aber es ist gewiß, daß eine Regierung Koenen-Hitler das Elend des Währungschaos auf die Spitze treiben würde durch völlige Lähmung jeglicher Produktion. Es ist möglich, daß es der Regierung Stresemann-Hilferding nicht gelingt, den Ruhrkonflikt gütlich beizulegen. Aber es ist von vornherein sicher, daß eine Regierung Koenen-Hitler das weder kann, noch auch nur will. Die jetzige Regierung ist die einzige, die wenigstens die Möglichkeit bietet, das zu leisten, was die Stunde verlangt. Sie ist der letzte Pfeil im Köcher Deutschlands. Es hat keinen zweiten zu versenden.

Dieser furchtbare Ernst der Situation zeigt die Notwendigkeit der Großen Koalition, bietet aber auch am ehesten die Aussicht, daß sich ihre bürgerlichen Mitglieder der Zwangslage des Reiches bewußt werden und endlich wenigstens einigermaßen ihr entsprechend handeln. Allerdings muß man darauf gefaßt sein, daß eine starke Pression von sozialdemokratischer Seite sehr energisch wird nachhelfen müssen.

Gelingt es auch jetzt nicht, den besitzenden Klassen die nötigen Steueropfer aufzuzwingen, dann ist freilich Deutschlands Ruin besiegelt. Besiegelt durch die bornierte Kurzsichtigkeit und verbrecherische Gewissenlosigkeit der Besitzenden und ihrer Helfershelfer und Helfferiche.

Der Münchener Fememord.

Das Urteil.

Der Mörder Zwenauer zum Tode verurteilt.

München, 27. August (Eig. Drahtb.). Das am Montagabend ½6 Uhr unter großem Andrang des Publikums verkündete Urteil in dem Mordprozeß Baur, daß einstimmig gefällt wurde, lautet:

„Zwengauer wird wegen eines Verbrechens des Mordes zum Tode verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm dauernd aberkannt. Berger, Johann, wird wegen eines Vergehens der Begünstigung zu 6 Monaten Gefängnis, abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft, verurteilt. Berger, Ernst, wird freigesprochen und sofort auf freien Fuß gesetzt. Ruge wird vom Verbrechen der Anstiftung zum Mord freigesprochen und wegen eines Vergehens der Aufforderung zum Mord zu einem Jahre Gefängnis, abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft, verurteilt."

Vor einiger Zeit rang sich im Preußischen Landtag ein Redner der Deutschen Volkspartei das Geständnis ab: „Uebrigens ist es der größte Schwindel, wenn man Bayern stets als die Ordnungszelle hinstellt." Die Erkenntnis kommt reichlich spät, ist aber um so unanfechtbarer. In schneller Folge haben sich hintereinander in München drei Prozesse abgespielt, die unverwischbar Dokumente für die heutigen bayerischen Zustände sind. Zeigen sie doch die „Ordnungszelle" München als sinkenden Fäulnisherd, als die Geburtsstätte eines niedrigen politischen Verbrechertums, wie es kaum an einer anderen Stelle unseres Planeten denkbar ist.

Der Fuchs-Machhaus-Prozeß enthüllte eine ansehnliche Gruppe der nationalen Mannen als bestochene Agenten des angeblichen Erbfeindes Frankreich. Als Satirspiel schloß sich der Prozeß Puttkamer an. Hier war das Unglaubliche Ereignis, daß ein Mann bestraft wurde, der ein Attentat auf den Genossen Scheidemann verhindert hatte, nachdem man den wirklichen Attentäter hatte laufen lassen. Aber dieser, der Student Baur, entging der Nemesis nicht; wenige Wochen nach seiner Verhaftung und Wiederfreilassung wurde er von seinen eigenen Kumpanen ermordet.

Dieser Mord war das Thema des dritten Prozesses. Sein Verlauf vervollständigte das Bild der nationalistischen Verbrecherbande, von der sich heute noch die bayerische Oeffentlichkeit terrorisieren und dirigieren läßt. Warum Baur eigentlich ermordet wurde, darüber hat bei der feigen und kläglichen Ableugnungspraxis der Angeklagten der Prozeß kein einwandfreies Bild gegeben. Aber soviel steht fest: er ist mit der größten Frivolität ermordet worden, ohne daß selbst im Sinne seiner Mörder ihm eine Schuld nachzuweisen gewesen wäre, wegen eines bloßen Verdachts, ja nur eines Argwohns.

Freilich war Baur kein Mensch, der in unseren Augen irgendwelche Sympathie verdient. Er war irgendwie beteiligt bei der Ermordung Rathenaus, hat die Flucht der Mörder unterstützt und widmete sich in Süddeutschland neuen Attentatsplänen gegen Scheidemann. Aber solches Tun konnte ihn in den Augen der Rechtsradikalen ja nur heben. Daß Baur ein linksradikaler Spitzel gewesen sei, worauf sich jetzt seine Mörder hinausreden wollen, ist obsolut unwahr. Daß Baur war daneben ein Mensch, der Geld brauchte. Er gehörte zu den entgleisten Existenzen der Kriegs- und Nachkriegszeit, die nicht so sehr nationale Begeisterung als Aussicht auf sonstige Abenteurerleben in die Freikorps und Geheimorganisationen zieht. Baur hatte gehört, daß die Münchener über große Geldquellen verfügten — es war das Sündgeld des französischen Agenten Richert — und verfolgte wohl den Hauptzweck, einen Teil dieses Segens in seine eigene Tasche zu leiten. Aber Herr Johann Berger, sein „Vorgesetzter", erwies sich als knickrig mit dem Franzosengeld, über das er in Hülle und Fülle verfügte, und so begann Baur sich aufs Drohen und Erpressen zu legen. Das erschreckte die Führer des „Blücherbundes", jetzt war Baur in ihren Augen ein „nationaler Schädling", der zwar nicht das Vaterland, aber die eigene kostbare Person der Berger, Ruge und Konsorten gefährdete. Es ist einmal eine leidige Schwäche solcher Nationalhelden, das Vaterland mit ihrem bißchen Ich zu verwechseln.

Noch ein zweites ist für diese „Führer" charakteristisch: sie haben zwar ihren Zöglingen das Mordhandwerk in den blutrünstigsten Phrasen gepredigt, aber nun, wo es ans Morden ging, drückten sie sich vorsichtig und beauftragten eins ihrer Grünhörner, den eben voller Begeisterung in die Bewegung hineingeplatzten Studenten Zwengauer, mit der Ausführung. Dieser Zwengauer ist das Jammerbild eines Schwächlings, der sich zu Heldentaten verführt. Gleich mit seinem Eintritt in die „nationale Bewegung" begannen seine Enttäuschungen, als Baur ihn statt zu nationalen Erbauungsstätten ins Bordell verschleppte und er Ruges blutrünstende Reden zu hören bekam. Aber dennoch hielt ihn der beim Militär eingedrillte Gehorsamsmaschismus und die blind vergötterte Disziplin. Sie ließ ihn willenlos die von seinen Vorgesetzten beschlossene Mordtat ausführen, sie band ihm noch auf der Anklagebank die Zunge. Ehe er die wirklichen Anstifter des Mordes preisgab, spielte er lieber die blamable und unwürdige Rolle des Idioten, der sich auf nichts mehr besinnen kann.

So hat auch ihn allein die Strafe getroffen. Er ist zum Tode verurteilt worden, während die Leute, deren Werkzeug er war, Gebrüder Berger und der Privatdozent Ruge, teils frei ausgegangen, teils mit geringen Gefängnisstrafen davongekommen sind. Denn die sechs Monate Gefängnis für Johann Berger und das Jahr Gefängnis (abzüglich zwei Monate Untersuchungshaft) für Ruge stehen in keinem Verhältnis zu der moralischen Schuld dieser Männer, deren zweites Wort das berüchtigte „Umlegen" war und die nach einem treffenden Ausspruch des Staatsanwalts etwa mit derselben Gemütsruhe die Ermordung eines mißliebig gewordenen Mitgliedes forderten, wie in irgendeinem Kegelklub jemand ausgeschlossen wird. Namentlich Ruge hat zweifellos viel mehr noch auf dem Kerbholz. Er wurde ja auch einmal in Preußen nach seiner Betätigung bei den oberschlesischen Selbstschutzbanden steckbrieflich wegen Hochverrats und Anstiftung zum Morde gesucht. Die Geschichte dieses Steckbriefs ist so seltsam, daß sie hier in Kürze nicht erzählt werden kann. Aber vielleicht gibt doch dieser Prozeß den preußischen Justizbehörden Anlaß, den fallengelassenen Faden wieder aufzunehmen.

Zunächst freilich bleibt die Tatsache bestehen, daß auch durch diesen Prozeß die Vernichtung der Mörderbande nicht geglückt ist. Ein Gimpel hißt mit seinem Kopf, die Hauptschuldigen sind höchstens moralisch erledigt und auch das kann man bei der Münchener Atmosphäre nicht einmal beschwören. Vielleicht lag der Mißerfolg diesmal nicht im Sinne der bayerischen Regierung, die sich seit einiger Zeit selber beunruhigt fühlt, weil sie von den Rechtsradikalen als zu schlapp angegriffen wird. Ist doch der Fememord an Baur der erste dieser Gattung, der überhaupt zur Verhandlung gegen die Täter geführt hat, obgleich mindestens ein halbes Dutzend ähnlicher Morde in Bayern vorausgegangen sind, wegen der noch nie Anklage erhoben wurde.

In der Urteilsbegründung

heißt es: Die Tötung des Baur ist das Ergebnis klarer, verstandesgemäßer Ueberlegung und nicht etwa einer effektvollen Handlung. Zwengauer hat die Tat mit voller Ueberlegung ausgeführt. Dafür sind die unmittelbaren Vorgänge vor und nach der Tat die schlüssigen Beweise. Die beiden Berger mußten mangels Beweise von der Teilnahme an der Ermordung freigesprochen werden. Die Begünstigung des Johann Berger liegt in seinen Handlungen, die die Spuren der Tat beseitigten. Bei Ruge ist kein Anhaltspunkt dafür gegeben, der eine Teilnahme an der Ermordung rechtfertigen könnte, dagegen erklärt sich aus der von Ruge geschaffenen Atmosphäre, wenn urteilslose junge Leute die sittlichen Hemmungen vor einem Eingriff in Menschenleben verlieren.

Die Helden nach dem Urteil.

Nach Schluß der Urteilsverkündung im Baur-Prozeß versuchte Ruge mit den Worten „Gemeinheit, Schurkenurteil!" an den Richtertisch vorzudringen. In Nachahmung dieses Vorbildes rief auch Zwengauer, als er abgeführt wurde: „Das ist ein Schandurteil, wie es ein größeres noch nicht gegeben hat."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230828-15/fragment/page=0001

Hilferding, bleibe fest!

Die Agrarier organisieren den offenen Widerstand gegen die neuen Steuergesetze.

Steuerzahlen war noch nie die starke Seite unserer Agrarier. Im alten Obrigkeitsstaate spielten sie die erste Geige und wußten ihren mächtigen Einfluß allerorts durchzusetzen, um sich nahezu vor jeder Besteuerung zu drücken. Daß sie mit der Revolution diesen Einfluß und dieses Vorrecht stark eingebüßt haben, macht unseren Junkern die Republik doppelt verhaßt. Im Kampf gegen die Zahlung der neuen Steuern sind sie jetzt natürlich die lautesten Schreier, obwohl bekanntlich auch die Deutschnationalen so gut wie die Kommunisten unter dem Zwange der Not diese Steuern mit beschlossen haben. Die Hinterpommerschen Junker, zusammengefaßt in der Kreisgruppe Stolp des Pommerschen Landbundes, veröffentlichen jetzt sogar regelrechte Verhaltungsmaßregeln für ihre Zunftgenossen. Zunächst wird rundweg erklärt, daß für die Landwirte **„die Beschaffung auch nur eines nennenswerten Bruchteiles nötiger Zahlungsmittel"** ausgeschlossen sei. Warum? Verkäufe lassen nun in verschwindendem Umfange möglich. Diese Art der Begründung ihrer Drückebergerei wird allerdings nicht näher begründet. Dafür wird aber gleichzeitig um so kräftiger betont, daß die Landwirtschaft zu jedem Opfer bereit sei, das der Freiheit des Vaterlandes diene; aber Opfer, die nicht erfüllbar sind, müssen zur Strafe werden". Und gestraft will man doch nicht werden, am wenigsten am Geldbeutel. Also ergeht die Anweisung:

„Schaffe sich jeder **ein reines Gewissen: Wer Zahlungsmittel** hat oder sie sich ohne Verschleuderung seines Eigentums verschaffen kann, ist verpflichtet, nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit Steuern, insbesondere das Ruhropfer, zu begleichen. **Aber niemand kann uns zu Leistungen zwingen, die im wesentlichen überhaupt unmöglich sind.** Jeder beschaffe sich Beweismittel, die die Unmöglichkeit rechtzeitiger Zahlung darzutun geeignet sind. Sollte die Regierung es unternehmen, von den Vorpächtern, trotz nachweisbarer Zahlungsunmöglichkeit Strafbeträge zu verlangen, wird sie sich dem geschlossenen Widerstande aller ehrenhaften (!) Landwirte gegenübersehen, die es erzwingen werden, daß man ihr Eigentum nicht Forderungen zum Opfer bringt, die jeder vernünftigen und wirtschaftlichen Ueberlegung widersprechen."

Selbst zugegeben, daß die Landwirtschaft zurzeit ihre Hauptverkäufe der Ernte noch nicht vornehmen kann, so hat gerade die Landwirtschaft, **die vor dem Kriege durchschnittlich mit 60 Prozent verschuldet war und heute fast völlig schuldenfrei dasteht, die Möglichkeit, ihren Besitz zu belasten.** Wir hoffen, daß der Reichsfinanzminister den Agrariern im Notfalle die Pflichten gegenüber dem Staat beibringen wird! Bisher hat Dr. Hilferding sämtliche Gesuche um Milderung der neuen Steuergesetze abgelehnt. Wir erwarten auch in Zukunft von ihm, daß er gegenüber den agrarischen Sabotagegelüsten auch nicht einen Finger breit von der durch die allgemeine Not ihm vorgezeichneten Linie abweicht.

Havenstein geht nicht, er wird hinausgeworfen werden.

Die Einberufung des Reichstages notwendig. • Havensteins Nachfolger ein verdienter Reparationspolitiker.

Anfang voriger Woche wollte Havenstein, wie wir bereits mitteilten, freiwillig von seinem Posten scheiden. Daher sah die sozialdemokratische Reichstagsfraktion davon ab, die vorher in Aussicht genommene Einberufung des Reichstags zur Aenderung des Autonomiegesetzes zu verlangen. Inzwischen hat aber Havenstein seine Meinung geändert. Neben dem Einfluß von deutschnationaler Seite sind es persönliche Gründe, die seinen Meinungsumschwung hervorgerufen haben. Vor allem spielt auch die Annahme eine erhebliche Rolle, seine Weigerung, zurückzutreten, werde die Ernennung des Nachfolgers erschweren.

Wenn das letztere der Fall sein sollte, so wird dadurch doch an der endgültigen Entscheidung nichts geändert werden. Die sozialdemokratische Fraktion ist nach wie vor der Meinung, daß Havenstein nicht die Gewähr bietet, daß die als notwendig erkannte Politik der Reichsregierung von der Reichsbank energisch und eindeutig unterstützt werde. Sie besteht deshalb unzweideutig auf den Rücktritt Havensteins. Auch das Reichskabinett und die hinter ihm stehenden Regierungsparteien haben sich einmütig gegen Havenstein erklärt. Trotzdem dadurch längst die Entscheidung gegen Havenstein gefallen ist, wird die Einberufung des Reichstags zur Lösung des Konflikts notwendig sein. Herrn Havenstein fehlt eben die Erkenntnis, daß der von den Parteien und der Regierung ausgehende Wille des gesamten Volkes höher stehen muß als der Starrsinn eines alt und dürr gewordenen Beamten. Nur durch das Verhalten Havensteins droht aus dem sachlichen Gegensatz zwischen den Regierungsparteien und der Reichsbankleitung ein persönlicher Havensteins zu werden. Die Schuld daran trägt aber dann Havenstein selbst.

•

Am Montag beschäftigte sich erneut ein engerer Kabinettsrat mit der Neubesetzung der Reichsbankleitung. Insbesondere spielte die Nachfolgerschaft eine große Rolle. Wie verlautet, ist als Nachfolger Havensteins eine Persönlichkeit auszersehen, die auf Grund der bisher von ihr geführten Reparationsverhandlungen einen guten Ruf hat und schließlich auch Gewähr für eine befriedigende Zusammenarbeit mit dem Reichskabinett bietet.

Der Konflikt im Hause.

Der Konflikt zwischen der Reichsbankleitung und der Angestelltenschaft dieses Instituts wegen der fristlosen Entlassung Großmanns hat trotz der am Montag geführten Vermittlungsverhandlungen ein positives Ergebnis nicht erbracht. Heute, Dienstag, wird sich der Schlichtungsausschuß mit der Maßregelung Großmanns beschäftigen. Unabhängig von dem Ergebnis dieser Verhandlungen beabsichtigen die Bankangestellten in Berlin wie im Reich, die in Vorbereitung befindliche Aktion zur Wiedereinstellung Großmanns gegebenenfalls durchzuführen. Die Abstimmung über einen Streik in der Reichsbank hat in Berlin die notwendige Drittelmehrheit ergeben. Die Ergebnisse aus dem Reich liegen noch nicht restlos vor, jedoch ist nach den bisherigen Meldungen anzunehmen, daß auch die Angestellten der Reichsbank-Filialen in der Provinz sich mit der notwendigen Mehrheit für den Streik entschließen werden. — Gegen die in Berlin vollzogene Streikabstimmung ist von einem Teil der Angestelltenschaft inzwischen Protest erhoben worden.

Beamtengehälter und Legendenbildung.

Von dem Obmann des Angestellten- und Arbeiterrats eines preußischen Ministeriums wird dem „Vorwärts" geschrieben:

„Die gesamte Berliner Presse — mit Ausnahme der Arbeiterpresse — hat in den letzten Tagen den konzentrischen Angriff gegen die Beamtengehälter eröffnet. Sowohl sich diese Angriffe gegen die dreimonatige Vorauszahlung richten, läßt sich sachlich wenig dagegen sagen. Bemerkenswerteweise ist ein Teil der Beamten selbst — und zwar nicht der schlechteste — zu dem Ergebnis gekommen, daß in der Vorauszahlung einer relativ hohen Summe eine Ungerechtigkeit den übrigen Gehalts- und Lohnempfängern gegenüber liegt. Nach allem, was man bisher gehört hat, sieht es denn auch so aus, als ob das Reichsfinanzministerium mit diesem Beamtenprivileg aufzuräumen gedenkt, das ehemals belanglos war und rein technische Gründe hatte, in der Zeit des schweren Notstandes des ganzen Volkes aber jede Berechtigung verloren hat. Gerade bei dieser Auffassung aber muß man sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Legendenbildung wenden, die in Aufnahme alter Reminiszenzen im Entstehen begriffen ist. Da heißt es in den Meldungen der bürgerlichen Presse: man habe eine Schutzmannsfrau gesehen, die auf einmal 10 Pfund Butter einkaufte! Wie wird uns? Wir haben dies alles auch schon einmal gehört, und zwar in den schönen Zeiten der wilhelminischen Epoche, als man die Begehrlichkeit der Arbeiterschaft damit dokumentierte, daß man mit drohendem Finger auf die berühmte Sonntagsgans der Arbeiterfrau hinwies. Bei dem ganzen Kampf gegen die Beamtengehälter ist von besonderem Interesse, daß die bürgerliche Presse sich ausschließlich gegen alljuhohe Gehälter der unteren Beamtenkategorien wendet. Die Arbeiter und Angestellten der Staatsbetriebe sind bereit, gemeinsam mit dem einsichtigen Teil der Beamten, Auswüchse, die für die Gesamtheit zu einer Gefahr zu werden drohen, zu bekämpfen. Sie müssen dabei jedoch die feste Ueberzeugung behalten, daß der Kampf nicht Formen annimmt, aus denen man schließen kann, daß als treibende Kraft eine mißgünstige, dem Arbeiterwohl feindliche Großindustrie dahinter steht."

Um den neuen Presse-Chef.

Eine Erinnerung für Stresemann.

Der Reichskanzler beabsichtigt, in den allernächsten Tagen den Pressechef der Reichsregierung zu ernennen. Er soll für dieses Amt einen ehemaligen Major, namens Kalle, in Aussicht genommen haben, der zurzeit im preußischen Kommissariat für öffentliche Ordnung arbeitet. Kalle dürfte als ehemaliger Offizier kaum die Vorqualifizierungen erfüllen, die an die Besetzung der Stelle des Pressechefs gerade jetzt um so mehr geknüpft werden müssen, als der eigentliche Vorgesetzte des Pressechefs in der Reichskanzlei ein ehemaliger Marine-Attaché ist. Der in Aussicht genommene Bewerber hat weder Beziehungen zur Inlands- wie zur Auslandspresse, noch ist er überhaupt im Pressewesen bewandert. Bei aller persönlichen Hochachtung vor Herrn Kalle können wir ihm jedenfalls als Leiter der Presseabteilung kein Vertrauen schenken. — Im übrigen müssen wir Stresemann daran erinnern, daß die Besetzung der Leitung des Pressemamtes nur durch Kabinettsbeschluß erfolgen kann.

Die belgische Note an England überreicht.

London, 28. August. (WTB.)

Die belgische Antwort auf die letzte englische Reparationsnote wurde dem britischen Botschafter in Brüssel gestern überreicht und wurde am Abend in London erwartet. Den Blättern zufolge wird mit Sicherheit damit gerechnet, daß die Note Vorschläge enthält, die als Grundlage zur Ueberbrückung der zwischen Frankreich und England bestehenden Kluft dienen. Wie „Star" meldet, beschäftigt sich der größte Teil der belgischen Not mit der Frage der deutschen Garantien und mit der Fortsetzung der alliierten Konferenzen zur Erzielung einer Lösung.

Bayerns Wünsche.

Held's „wohlwollende Neutralität", Faulhabers Drohung.

München, 28. August. (Eig. Drahtbericht.)

Bei der Zusammenkunft des Reichskanzlers mit dem bayerischen Ministerpräsidenten wurden (wie bereits gestern mitgeteilt) „in grundsätzlicher Uebereinstimmung die Voraussetzungen für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen dem Reich und Bayern erneut festgelegt". Das ist die abziehlich nichtssagende amtliche Mitteilung über die Konferenz in Mittenwald, auf der Fragen erörtert wurden, die innerpolitisch von größter Bedeutung sind. Zu diesem Zweck hat auch der Fraktionschef der Bayerischen Volkspartei, Geheimrat Held, an den Besprechungen teilgenommen, der ja in Wirklichkeit der Spiritus rector der bayerischen Regierungspolitik ist. Es ist bereits durchgesickert, daß man vom Reichskanzler nicht mehr und nicht weniger verlangte, als daß er sein linksgerichtetes und linksbeeinflußtes Kabinett umstürzen solle, damit es nicht dem rein bürgerlich regierten Bayern an den Wagen fährt. Als Gegenleistung bot man dem Kanzler die Zusage an, daß die Stimmenthaltung der Bayerischen Volkspartei bei der letzten Abstimmung im Reichstag nicht etwa schroffste Opposition im Gefolge haben wird, sondern unter Umständen sogar wohlwollende Neutralität. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß Stresemann eventl. neuen Zentralisierungsbestrebungen rechtzeitig entgegentreten soll. Als besonderen Wunsch, der dem kulturellen Empfinden des bayerischen Volkes entsprechen soll, wurde ausgesprochen, der Kanzler möge dafür sorgen, daß das Reichsschulgesetz endlich erledigt werde, und zwar in Richtung der Bekenntnisschule. Charakteristisch für diesen Wunsch ist, daß zur gleichen Stunde in München anläßlich der Tagung des Katholischen Lehrervereins der Münchener Erzbischof Faulhaber folgenden Kampfruf ausgibt: „In der Elternabstimmung hat das katholische Deutschland mit 76 Prozent aller wahlberechtigten Stimmen die Bekenntnisschule gefordert. Wenn die Gesetzgebung diesen Volkswillen sich nicht zu eigen macht, wird es auch im Volkstaat nach Mittel und Wege gehen, um den Willen des Volkes, den Schrei des Volkes nach der Bekenntnisschule durchzusetzen."

Das sagt derselbe geistliche Würdenträger, der von der Kanzel herab die Revolution als aus Verrat und Meineid geboren nennt und der nach wie vor der Schleppenträger und Weihkbatter sämtlicher bayerischer Prinzessinnen ist. Der Reichskanzler aber verabschiedet sich von Mittenwald mit der Versicherung, daß er im Rahmen der gegebenen Verhältnisse nichts unterlassen werde, was das Verhältnis zwischen dem Reich und Bayern beeinträchtigen könnte.

•

Da die Reichsregierung weder auf die wohlwollende Neutralität der Bayerischen Volkspartei noch auf den Segen des exköniglichen Faulhabers angewiesen ist, so wird sie hoffentlich „im Rahmen der gegebenen Verhältnisse" nicht das tun, was den Spezialwünschen partikularistischer Interessentengruppen, sondern den offen zutagliegenden Bedürfnissen der deutschen Volksgesamtheit entspricht.

Eine sonderbare Gesellschaft.

München, 27. August. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonnabend fand in der Villa des Generals Ludendorff ein Five o'clock tea statt, bei dem anwesend waren: der Feldmarschall Hindenburg der Kapitän zur See Luppe, der Vorsitzende der hiesigen Vaterländischen Vereine, Forstrat Escherich, Oberstleutnant Priebe, der Vorsitzende der Kampfverbände Münchens und das Ehepaar Hugo Stinnes, das zurzeit in München weilt.

•

Stinnes ist bekanntlich trotz seiner nominellen Zugehörigkeit zur DVP. ein ausgesprochener Gegner Stresemanns. Diese Tatsache und die Teilnahme an dem 5-Uhr-Tee der Münchener Verschwörer lassen es notwendig erscheinen, die politische Tätigkeit des Industrie-Magnaten etwas schärfer unter die Lupe zu nehmen.

Moskauer Landwirtschaftsausstellung.

Die Ausstellung „ein Bindeglied zum ausländischen Unternehmertum".

Moskau, 28. August. (WTB.)

Vorgestern wurde die Auslandsabteilung der Landwirtschaftlichen Ausstellung eröffnet. Von den anwesenden Regierungsvertretern führte Krassin aus, daß **die Ausstellung ein Bindeglied zum ausländischen Unternehmertum sein solle.** Der Außenkommissar Tschitscherin wies besonders auf die Bedeutung der Ausstellung als ein Symbol des Friedens hin. Die Sowjetrepubliken seien ihrer Lage nach dazu berufen, ein Bindeglied zwischen den Völkern des Ostens und des Westens zu bilden. Die Auslandsabteilung der Ausstellung sei der erste Schritt in der Verwirklichung dieser Annäherung.

Nach einer TU.-Meldung hat auch Dr. Wirth die Ausstellung besichtigt.

Naht- und nagellose Besohlungen? Aufklärungsschrift gratis.
Hartmann & Hansen, Halle a. S., Talamtstraße 9 2572

Dritter Kongreß des Sennacieca Asocio Tutmonda in Kassel.

Vom 11. bis 15. August hat in Kassel der dritte internationale Kongreß von Sennacieca Asocio Tutmonda (Proletarischer Esperantisten-Weltbund) unter dem Ehrenvorsitz von Prof. Albert Einstein stattgefunden, an dem sich 300 Vertreter aus 18 Ländern beteiligt haben, darunter auch einige hervorragende Mitglieder der Sowjetregierung, nämlich u. a. ein Mitglied des altruistischen Zentral-Exekutiv-Ausschusses, E. Dresen, sowie ein Mitglied des Moskauer Sowjets. Es sei besonders hervorgehoben, daß sich im Gegensatz zu den allgemeinen Esperanto-Kongressen, deren Hauptprogramm aus Festlichkeiten besteht, hier nur klassenbewußte Arbeiter aller Länder zu gemeinsamen ernsten Beratungen zusammengefunden haben. Dieser proletarische Weltbund, dessen Bindemittel die Weltsprache Esperanto ist, stellt sich voll und ganz unter Ausnutzung aller in der Weltsprache begründeten wertvollen international sich auswirkenden Qualitäten in den Dienst des revolutionären Klassenkampfes, ohne Unterschied der Partei. Die Bildung der internationalen proletarischen Einheitsfront liegt dem Bund am Herzen, wie das in einem großen öffentlichen Meeting, das am 14. im Stadtpark abgehalten wurde, durch eine Rednerschar aus Holland, Rußland, Oesterreich, Rumänien, England und Frankreich eindrucksvoll zum Ausdruck kam. Bemerkenswert sind auch die zahlreichen Tagesfragen des Kongresses. Es tagten Naturfreunde, Arbeiterpartei-Genossenschaftler, Esperanto-Buchhändler usw. Auch fanden Fraktionssitzungen von Mitgliedern der verschiedenen revolutionären Parteien statt, sowie Sondersitzungen des Deutschen Arbeiter-Esperanto-Bundes. Aus den Arbeiten des Kongresses verdienen Erwähnung die Schaffung eines großzügigen internationalen Nachrichtendienstes durch Esperanto, die Schaffung eines eigenen genossenschaftlichen Verlags, die Berichte über den Ausbau der Monatsschrift des Bundes „Sennacieca Revuo", ein Referat über die Einstellung der neuen internationalen (oder besser: enationalen) Denkweise unter Hinweis auf die sozialogische Entwicklung der Menschheit bis auf den heutigen Tag. Es wurde auch die Stellung der proletarischen Esperantisten zu andern Weltsprachsystemen (z. B. Ido) präzisiert. Aus dem Bericht des Generalsekretärs ging hervor, daß sich der Bund innerhalb zwei Jahren seines Bestehens mächtig entwickelt hat. Alle klassenbewußten Arbeiter-Esperantisten, die sich bisher den neutralen Organisationen hatten anschließen müssen, sind nun zum SAT.-Bund gestoßen. Trotz der überaus ungünstigen Verhältnisse, unter denen auch dieser Kongreß zu leiden hatte (manche Teilnehmer mußten aus finanziellen Gründen vorzeitig abreisen), sind die Arbeiten des Kongresses Dank der Einheitssprache Esperanto glatt und sicher erledigt worden.

Verzicht auf Verlagsproduktion? Nach einer Meldung aus Stuttgart wurde dort eine Entschließung gefaßt, derzufolge die ungeheure Steigerung der Lasten des Verlagsbuchhandel zwingt, seine Produktionseinstellen. Die Verleger sehen sich außerstande, die Betriebsmittel für die Anforderungen aufzubringen. — Wir verkennen den Ernst der Lage für den Verlagsbuchhandel keineswegs. Er hat indessen schon lange unter dem Papierwucher zu leiden gehabt und die Verluste auf die Schriftsteller abgewälzt. Die Not der Autoren ist seit Jahren so schwer, daß sie die Produktion einstellen müßten oder müßten. Kein Verleger hat daraufhin gedroht. Es ist bezeichnend, daß der Verlagsbuchhandel erst jetzt, da die Not an ihn unmittelbar herantritt, in einer bestimmteren Form Stellung nimmt.

Die beiden Oestreich. Genosse Professor Paul Oestreich bittet den „Vorwärts" infolge dauernder Verwechslung um die Mitteilung, daß er mit dem deutschnationalen Chiedeutschen Dr. Paul Oestreich, der im „Lokal-Anzeiger" und ähnlichen Blättern schreibt, nichts zu tun hat.

Walfischangriff auf ein Schiff. Der englische Walfischdampfer Brown ist in schwer beschädigtem Zustande nach dem kanadischen Hafen Victoria gekommen. Das Schiff, das 102 Tonnen hat, wurde von einem riesigen Potwal angegriffen, etwa 60 Kilometer westlich von der Vancouver-Insel. Das Tier war von einer Harpune getroffen worden, hatte getaucht und war dann plötzlich ganz nahe bei dem Schiff an die Oberfläche gekommen, worauf es mit voller Wucht gegen den Schiffskörper anrannte.

Der Inhalt eines Habichtnestes. Von der Habgier der Habichte gibt ein anschauliches Bild der Fund eines Forstes, von dem A. Borchet im „St. Hubertus" erzählt. Er stieg auf einem Jagdausflug bei Forsch in Oberhessen auf den Horst eines Hühnerhabichtpaares. Sein Begleiter erstieg die ungefähr 80 Meter hohe Tanne, deren Gipfel das Nest barg, und hier fand er drei Junge. Er brachte eine Falle an, durch die es gelang, das Weibchen zu fangen. Der Inhalt des Horstes bot ein tolles Bild. Es lagen in dem Nest und auf dem Rande 9 Tauben, darunter 3 beringte Brieftauben, ferner 2 junge halbwüchsige Feldhasen, 2 Buntspechte, 1 Amsel, 1 Drossel, 1 Feldhuhn, 11 Eichelhäher, 1 Eichhörnchen und 1 Maus. Von den drei Jungen war das eine verendet, wahrscheinlich erfroren, da das Weibchen nicht mehr auf dem Nest saß. Das zweite Junge nahmen die Jäger mit und ließen das dritte im Nest in der Hoffnung, daß sich auch der männliche Habicht, der diese gewaltige Vorproviantierung seiner Familie vorgenommen hatte, in der Falle fangen würde.

Bücher und Schriften.

Die Elektrotechnik im Bergbau mit besonderer Rücksichtnahme auf die Braunkohlen-, Erz- und Kalindustrie. Von Ingenieur L. Hammel. Mit 24 Textabbildungen. Preis 0,60 Mk. mal Buchhändler-Teuerungszahl. Akademisch-Technischer Verlag Johann Hammel (Frankfurt a. M.-West). — Der Verfasser macht uns in seiner Schrift mit der praktischen Anwendung der Elektrotechnik im Bergbau vertraut, in der dem Stein- und Braunkohlen-, Erz- und Kalibau erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet ist. Besonders die elektrische Beleuchtung unter Tage sowie die mittels elektrischer Energie zu leistenden Arbeiten treten dabei in den Vordergrund der Abhandlung. Wer sich daher ein Bild von den gewaltigen Fortschritten auf diesem Gebiet machen will, dem können wir das Studium dieser Schrift mit warm empfehlen.

Hallisches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Hebbels Nibelungendrama, das als Eröffnungsvorstellung des Stadttheaters am 1. September in Szene geht, ist seit vielen Jahren nicht mehr auf der hallischen Bühne gegeben worden. Um so mehr wird die Neueinstudierung des Dramas, die unter der Leitung des Fitendanten Dietrich steht, von dem kunstliebenden Publikum der Stadt begrüßt werden. Am Sonntag, dem 2. September, wird Verdis Oper „Aida", ebenfalls in neuer Einstudierung, gegeben. Für beide Vorstellungen hat der Vorverkauf an der Kasse des Stadtheaters (10 bis 2 Uhr) unter sehr starker Nachfrage begonnen. Ebendort werden auch noch Neuanmeldungen auf Stammkarten entgegengenommen. Infolge der bereits äußerst zahlreich eingegangenen Bestellungen von Plätzen sind beide Abonnementstage (Dienstag und Freitag jeder Woche) geschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230828-15/fragment/page=0002

Wirtschaftspolitik.

Amtliche Devisenkurse.

	28. Aug. Mark (Geld)	27. Aug. Mark (Geld)
1 holländischer Gulden	2500000	—
1 dänische Krone	1200000	—
1 italienische Lira	275000	—
1 Pfund Sterling	29000000	—
1 Dollar	6400000	—
1 französischer Frank	865000	—
1 Schweizer Frank	1150000	—
1 tschechische Krone	187000	—
1 österreichische Krone	—	—

Tendenz: Fest.

Berliner Produktenbörse.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 27. August.

Alles in Tausend Mark.

Produkte	50 Kilogr. in tausend Mk. heute	50 Kilogr. in tausend Mk. Vortag	Produkte	50 Kilogr. in tausend Mk. †) heute	50 Kilogr. in tausend Mk. †) Vortag
Weizen, märk.	10250—10750	9250—9500	Leinsaat**)	—	—
„ pomm.	—	—	Viktoria-Erbsen	22000—24000	—
„ schles.	—	—	Kl. Speise-Erbsen	20000—21000	—
Roggen, märk.	7775	6000—6250	Futter-Erbsen	—	—
„ pomm.	7000—7250	—	Peluschken	—	—
„ schles.	7000—7500	—	Ackerbohnen	—	—
„ westpr.	—	—	Wicken	—	—
Gerste, Sommer	8000—8500	7750—8000	Lupinen, blaue	—	—
„ neue Sommer	7750—8400	7500—7750	„ gelbe	—	—
Hafer, märk.	8500—8750	7850—7500	Serradella	—	—
„ schles.	8250—8500	—	Kapuchen	6500—7000	5500—6000
Mais loco Berlin	—	—	Leinkuchen	—	—
waggonfr.-Damb.	—	—	Trockenschnitzel	3750—4250	—
Weizenmehl*)	30000—40000	32500—37500	Vollmeer, zuckerschnitzel	5750—6000	—
Roggenmehl*)	23500—28000	21500—23000	Kartoffelflocken	8500 8750	6000
Weizenkleie**)	4740—5000	4000—4500	Kartoffelstärke Fabrikate	—	—
Roggenkleie**)	5000	—	Mischung 30/70	3800—4000	3500
Raps**)	9000—9500	9000			

*) 100 kg. **) 50 kg brutto einschl. Sack. †) ab Station.

Tendenz: Weizen, Roggen, Hafer, Weizenmehl und Raps fest, Gerste und Kleie fester.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaften und „Generalstreik".

Sitzung des Ortsausschusses Halle des ADGB.

Am Freitag hielt das Gewerkschaftskartell Halle eine Sitzung ab, um sich mit dem von der KPD. unter Ausnutzung der bestehenden Notlage heraufbeschworenen verbrecherischen Unternehmen zu beschäftigen. Die eingetretenen außerordentlich schweren wirtschaftlichen Folgen sind zu deutlich erkennbar, als daß die Generalstreik-Strategen weiter die Augen verschließen könnten. Vergegenwärtigen wir uns die wirtschaftlichen Tatsachen — Stockung des gesamten Wirtschaftslebens, Absatz- und finanzielle Schwierigkeiten infolge des Geldmangels, Verkürzarbeiten usw. —, dann kann man wohl ohne Uebertreibung sagen, daß mit dem von der KPD. heraufbeschworenen „Generalstreik" dem mittelbeutschen Unternehmertum ein wahres Göttergeschenk bereitet worden ist. Die kommunistischen Führer wollten mit dem Streik einen großen parteipolitischen Feldzug für die KPD. unternehmen; es wurde daraus eine Entlassungsoffensive für die teils in finanziellen Bedrängnissen befindlichen, hauptsächlich aber steuerscheuen Unternehmer. Die „herrliche Zeit", die man als „Erfolg" des Generalstreiks vorgaukelte, besteht in einem grenzenlosen wirtschaftlichen und sozialen Elend, das über zahlreiche Familien hereingebrochen ist, weil die Unternehmer jetzt einen willkommenen Vorwand, eine glänzende Gelegenheit zur Vornahme umfangreicher Entlassungen haben. Alle die jetzt arbeitslos gewordenen Opfer hat die verbrecherische Generalstreikparole der Kommunisten auf dem Gewissen. Die Gewerkschaften mußten den Generalstreik ablehnen und zur Fortsetzung der Arbeit auffordern; schon deswegen, weil sie nicht zugeben durften, daß die Kraft der Arbeiterklasse ohne Ziel und Zweck nutzlos vertan wird. Sicher und unbestritten ist wohl, daß ein Generalstreik, vorausgesetzt, daß die Situation zu notwendig macht, mit Erfolg nur geführt werden kann von einer straff disziplinierten und einheitlich geführten Masse. Bei der gegenwärtigen Struktur der deutschen Arbeiterbewegung sind nur die Gewerkschaften mit Unterstützung der beiden Parteien imstande, eine der Gesamtheit der Arbeiterklasse verantwortlich führende Stütze zu bilden.

Anstatt nun, wie es sich für einen mit Verantwortungsgefühl ausgestatteten Gewerkschaftsführer geziemte, diese Feststellungen zu treffen, begnügte sich der Kartellvorsitzende Förster bei seinem Bericht über den verflossenen Generalstreik mit einigen belanglosen Redensarten vom „Rechenschaftsablegen" und Großer Koalition und der Wiedergabe ihm durch den „Klassenkampf" bekanntgewordener Unwahrheiten und Klatschgeschichten über den „Verrat" einiger sozialdemokratischer Angestellter gegenüber den zahlreich Gemaßregelten. Nur am Schlusse seiner Ausführungen entschloß er sich zu einigen Bemerkungen über das Schädliche von Teilaktionen und die Notwendigkeit des Aufmarsches als kompakte Masse auf dem Boden der Gewerkschaften.

Genosse Hesse als erster Diskussionsredner bezeichnete es als geradezu unglaublich, wie der Vorsitzende Förster die Dinge dargestellt habe. Ohne den geringsten Widerspruch zu finden, stellte Genosse Hesse fest, daß der „Fünfzehner-Ausschuß" in Uebereinstimmung mit der KPD. in Halle den Kongreß überrumpelt und ohne jeglige Tatsachen gestellt habe. Der Betriebsrätekongreß habe nicht das Mandat besessen, aus sich heraus den Generalstreik zu beschließen. Warum hat die Zentrale nicht gleich den Streik befohlen? In den Zeiten der Syndikate und Trusts sei ein Streik, der von vornherein auf 8 Tage befristet wird, ein Unding! Als Genosse Hesse auf die Kooperation zwischen Reventlow und Frölich einging und die Folgen der Aktion besprach, ertönten seitens einiger kommunistischer Delegierten lärmende Zurufe und Schimpfereien. Er protestierte entschieden dagegen, mit einer Handbewegung über das hinwegzugehen, wo feststehe, daß allein 4000 Bergarbeiter heute mit ihren Familien dem Hunger preisgegeben werden als Folge der Maßregelungen. Gerade die, die auf dem Betriebsrätekongreß sich nicht laut genug gebärden konnten, nehmen heute die Hilfe der Gewerkschaften in Anspruch, die sie vorher so schmähten. Die KPD. habe den Kongreß zu ihrem Propaganda-Apparat gemacht, und jetzt droht man den Gewerkschaftsführern. Trotzdem werden diese ihre ganze Kraft einsetzen, um die Opfer zu schützen, schon um zu verhüten, daß die ins Unglück Gestürzten nicht zu Schmarotzern oder Verbrechern werden. Der Streik gibt heute dem Unternehmertum Gelegenheit, die Situation auszunutzen, um Sabotageakte zu betreiben. Habe doch eine bekannte führende Persönlichkeit erklärt, sie werte 2000 Bergarbeiter hinaus, und daran würde kein Gewerkschaftsführer etwas ändern. Daraus gehe hervor, daß die Gewerkschaftsbewegung durch kommunistische Unternunft eine nur schwer wieder gutzumachende Schlappe erlitten habe. Für die Gewerkschaften müßte der Kampf eine heilsame Lehre sein.

Der Vorsitzende der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Kollege Freyberg, unternahm hierauf den Versuch, die Tatsache, daß Gewerkschafter nunmehr in erhöhtem Maße zur Beitragssperre greifen, noch zu entschuldigen. Im übrigen begrüßte er es, daß die Forderung nach Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung nicht durchgedrückt worden sei, denn sonst würden diejenigen Arbeiter, die noch nicht so weitblickend seien, nicht einsehen, daß auch eine solche Regierung zurzeit nichts erreichen könne. (Hört, hört!)

Genosse Gittel erklärte die (vom Vorsitzenden wiedergegebene) Behauptung, er habe zu Gemaßregelten geäußert, sie mögen sich von der KPD. wieder in den Betrieb hineinbringen lassen, als den größten Schwindel. Selbst die eigenen kommunistischen Parteianhänger bezeichnen die „Klassenkampf"-Schreibereien als gemeine Lüge. Ohne Prüfung werde von diesem Blatt jeder Schwindel verbreitet (aus Prinzip), nur um einem verhaßten VSPD.-Bonzen eins auszuwischen. Wenn feststeht, daß er sich mit bestem Erfolg um die Unterbringung der Streikgemaßregelten bemühe, so könne man ermessen, in welch unglaublich gemeiner Weise das Kommunistenblatt die Wahrheit vergewaltige. — Genosse Deininger stellte noch einmal fest, daß Koenen auf dem Betriebsrätekongreß offen erklärt habe, man brauche die Gewerkschaften, die Kopfarbeiter und die VSPD. nicht. Wenn Koenen wieder komme, müsse ihm ganz deutlich gesagt werden, daß in Zukunft ein besseres Zusammenarbeiten mit den Kopfarbeitern Platz greifen müsse.

Inzwischen war eine in sat-ischem „Klassenkampf"-ton gehaltene Entschließung verlesen worden, wie sie auf Betreiben der Kommunisten an den von ihnen beherrschten Gewerkschaften gegen die „Bonzen" im allgemeinen und den Genossen Wielepp im besonderen angenommen werden. Genosse Wielepp kennzeichnete kurz diese durchsichtige Resolutionsmacherei und wies die Vorwürfe, die gegen ihn, auch von Freyberg, erhoben wurden, zurück. Dabei stellte er zum allgemeinen Erstaunen fest, daß die kommunistische Mehrheit des Kartellvorstandes einen von unseren Genossen gestellten Antrag, sich an den Magistrat wegen Beschaffung von Feiten und Lebensmitteln zu wenden, abgelehnt hat. Nachdem noch Kollege Fiedler sich kurz und unser Genosse Hesse sich noch einmal recht scharf über das Streikverbrechen geäußert hatten, begründete Genosse Gräfe einen Antrag, den auf Grund eines Vorstandsbeschlusses zur Disposition gestellten Gewerkschaftssekretär Genossen Wielepp nach Ablauf seiner Ferienzeit wieder auf seinen Platz zu stellen. Der Vorstand habe, namentlich jetzt, wo die Gewerkschaften mit so großen finanziellen Schwierigkeiten zu rechnen hätten, nicht das Recht, eine solche nur zu durchsichtige Maßnahme zu treffen. Bei der Beschlußfassung sei der Vorstand in ganz ungehöriger Weise seine Befugnisse hinausgegangen, ganz abgesehen davon, daß die angeführten „Gründe" hirnfällig seien. Aus der Debatte über diese Angelegenheit gingen verschiedene führende Geister des Kartells so recht, wes Geistes Kind sie sind und welche Pläne ihnen vorschweben. Mit an Zynismus grenzender Offenheit erklärte namentlich der Bauarbeitervertreter Steiß, daß eine allgemeine Säuberung in den Gewerkschaftsbureaus vorgenommen, daß die „Parasiten", die von den Arbeitergroschen sich mästen, „von der Masse" gezwungen werden würden, wieder mit Hacke und Schaufel zu hantieren, oder nach Buxtehude zu gehen. Ganz wie zu Zeiten des feigen Reichslügenverbandes. In vorgerückter Nachtstunde wurde der Antrag, der die aus politischen Gründen erfolgte Maßregelung eines im Dienste der Arbeiterbewegung verdienten Gewerkschaftsführers rückgängig machen sollte, mit 2 oder 3 Stimmen Mehrheit abgelehnt. Die hallischen Gewerkschaften können sich also in diesen entsetzlichen Zeiten den Luxus gestatten, einen Angestellten zu bezahlen, ohne daß dafür die — ach so notwendige! — Arbeit im Interesse der Zusammenfassung und Schulung der Betriebsräte geleistet wird. Wer sich nicht fügt, der fliegt, ganz gleich, welche Folgen das für die ohnehin zerrüttete hallische Arbeiterbewegung hat. „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein!" Das ist die Parole der Kommunisten. Traurig, tieftraurig ist es, daß selbst solche Gewerkschafter, denen man trotz ihres kommunistischen Glaubensbekenntnisses noch einiges Verantwortlichkeitsgefühl zugetraut hat, sich zu einem solchen, nur aus Haß und Verblendung geborenen Beschluß mißbrauchen ließen. Was soll man z. B. dazu sagen, daß selbst der Kollege des nunmehr Gemaßregelten, Grabow, mit für den Hinauswurf die Hand erhob? Würde es in der hallischen Gewerkschaftsbewegung mit rechten Dingen zugehen, dann müßte im Gegenteil gegen ihn vorgegangen werden, gegen ihn, der sich in so offensichtlicher Weise gegen die gewerkschaftlichen Richtlinien vergangen hat. Jedenfalls ist in dieser Frage noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Für die Mitglieder des Deutschen Verkehrsbundes, Abteilungen Handels- und Transportgewerbe sind die neuen Lohntabellen, geltend für vorige und diese Woche, fertiggestellt. Gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches sind dieselben im Bureau, Drydandersstraße 10 I, zum Selbstkostenpreis abzuholen.

Aussperrungsandrohung in der Casseler Metallindustrie.

Kassel, 27. August. (WTB.) Der Verband der Metallindustriellen gezwungen sehen, zur Abwehr unberechtigter Lohnforderungen (?) allen Arbeitern und Arbeiterinnen zum 15. September zu kündigen. Heute nachmittag fanden unter Vorsitz des Regierungspräsidenten Einigungsverhandlungen mit noch unbekanntem Ergebnis statt.

Aus aller Welt.

Raubmord.

Eine 50jährige Witwe mit durchschnittener Kehle aufgefunden.

Im Laufe des gestrigen Vormittags wurde die 50jährige Witwe Bock, die Besitzerin eines Porzellanladens in Berlin mit durchschnittener Kehle tot aufgefunden. Die Frau hatte die Jalousie ihres Ladens gestern noch selbst aufgezogen, wurde danach aber von den Nachbarn nicht mehr gesehen. Es wird angenommen, daß Frau Bock einem Raubmord zum Opfer gefallen ist. Die Verhältnisse ihres Zimmers waren durchwühlt und ihre Portemonnaie ohne Inhalt. Um 2 Uhr traf die Mordkommission am Tatort ein.

Bestialität.

Trier, 28. August. (WTB.)

In der Nacht zum Sonntag wurden der „Tr. Landeszeitung" zufolge der Postschaffner Reuter und dessen Schwägerin von drei Marokkanern überfallen, die mit Gewehrkolben Reuter niederschlugen und die Schwägerin in einen Graben schleppten, um sie zu vergewaltigen. Als Hilfe herzukam und sich noch ein Auto näherte, versetzten die Marokkaner der Frau einen Schlag gegen den Kopf und flüchteten nach der Stelle, an der sie Wache gestanden hatten. Ihre Gesichter hatten sie mit Ruß beschmiert.

Auto zu „verschenken". Seinen 15-PS-Opelwagen, einen offenen Sechssitzer, wünscht nach einer Anzeige in einer Berliner Zeitung der Eigentümer an denjenigen zu verschenken, der dafür die Ruhrabgabe übernimmt. Sie beträgt nämlich die Baganelle von einer Milliarde und 800 Millionen Mark — und es ist also nicht unbedingt ein gutes Geschäft, sich dieses Auto „schenken" zu lassen.

Abgestürzt. WTB. meldet aus St. Moritz: Am Freitagabend stürzte an der Südseite des Piz Rosatsch die Tochter des Konsuls Dr. H. Friedrich aus Düsseldorf mit ihrer Gouvernante ab.

UNITED STATES LINES

Amerikanische Regierungsdampfer
NACH NEW YORK
von Southampton — Cherbourg
LEVIATHAN
28. August, 18. September, 9. u. 30. Oktober, 20. November
Von BREMEN über Southampton und Cherbourg nach NEW YORK
GEORGE WASHINGTON

19. September	24. Oktober	28. November
President Roosevelt	29. August	3. Oktober
President Fillmore	30. August	4. Oktober
President Harding	5. September	10. Oktober
President Arthur	12. September	17. Oktober
America	26. September	31. Oktober

Abfahrt von Southampton und Cherbourg 1 Tag später
Alles Nähere durch nebenstehende Adressen
Vorteilhafte Gelegenheit für Güterbeförderung
UNITED STATES LINES
BERLIN W8 Unter den Linden 1
HALLE a. S. Poststr. (Stadt Hamburg)
General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen

Ich bekenne.

85] Roman von Clara Müller-Jahnke. [Nachdruck verboten.]

Ich stammelte einige unzusammenhängende Worte, sinnlos und wirr. Und als der Schauder vorüber war, hab' ich meine Arbeit ruhig zu Ende geführt. Von jenem Augenblicke an wußte ich das Furchtbare. Aber ich glaubte es noch nicht.

Ich wollte es nicht glauben.

Mit Händen und Füßen wehrte ich mich gegen das grausame Gespenst, das mir das Blut aus den Adern zu trinken drohte, das mir näher und immer näher kam.

Die Schande!

Oh: die allein, die allein hätte ich gerne getragen. Aber die Not, die neben ihr herging, hohläugig und grinsend . . . die Not und der — Mord —

Denn ich wußte, daß meine Mutter das nicht ertragen würde von ihrem letzten Kinde. Ich wußte, daß eine solche Kunde die in den engsten gesellschaftlichen Begriffen altgewordene Frau töten mußte. Und ich hatte nicht den Mut, diesen Schlag zu führen.

So log ich denn, wie ich seit Jahresfrist gelogen hatte, nur schlauer, bedachtsamer, raffinierter noch. Ich wurde langsam krank, ohne deswegen meine Stellung aufgeben zu können. Die mußte ich halten um des lieben Lebens willen bis zum letzten Augenblick. Tief gebückt über den breiten, bücherbedeckten Tisch saß ich sechs Stunden lang täglich und schrieb, schrieb, schrieb . . .

Und nachts auf meinem zerwühlten Bette: nicht eine Stunde ununterbrochenen Schlafes! O Liebling, diese Nächte! — Ich glaube nicht, daß ich ein vollkommen klares Bewußtsein meiner Lage hatte. Es war wie ein schwerer Fieberzustand. Das überanstrengte Gehirn vermochte nicht mehr, die Wirklichkeit von Traum und Delirium zu trennen. So verrann mir alles in einem grauen, schattenhaften Gewog. Und nur die Wand, die schwarze hohe Wand, die zwischen mir und der Welt stand, war der einzige Gegenstand, den meine brennenden Augen mit schaudervoller Deutlichkeit erkannten.

Dann schrieb ich ihm. Einen schweren, anstrengenden Brief. Einen Schrei um Erretung, aber ohne Hoffnung auf Hilfe. Ich hatte keine Liebe zu ihm, keinen Glauben und kein Vertrauen. Die Antwort, die sofort kam, entwarf dem Tiefstande meiner Erwartungen vollkommen, ja, sie unterbot ihn noch. —

Vincenti war feige. Fe'g' wie ein gepriegelter Hund.

Er stand soeben im Begriff, sich mit seinem Bischof zu versöhnen. Er sollte wieder seinen Erlöser verkünden, sollte den reuigen Sündern vergeben dürfen. Und er hätte es wohl gern gesehen, wenn die Wiedereinsetzung in sein geistliches Amt mit meinem feierlichen Uebertritt in seine Kirche zusammengefallen wäre.

Dann hätte ich Pfarrersfrau werden können und Litaneiendichterin.

Und nun steckte ihm ein einziger, unvorhergesehener Blitzstrahl alle seine Schlösser in Brand.

„Liebe Wilma! Dein Brief hat mich sehr erschreckt. Das kann ja gar nicht möglich sein. Wir wollen fleißig zur gnadenreichen Muttergottes beten und wollen hoffen, daß du dich getäuscht hast. Wenn es aber doch wahr sein sollte, so muß du die Strafe des Himmels in Demut auf dich nehmen. Der Herr züchtigt, den er liebt. Die Strafe soll, wie alle Dinge, die dir geschehen, nur zu deinem Besten dienen. Trotz Sorge, daß niemand das Nähere erfährt. Wenn es wirklich zum Aeußersten kommt, so werde ich dir helfend zur Seite stehen, obgleich mir das nach diesem langen, bemüitigenden Jahre sehr schwerfallen würde. Den einen Punkt aber muß du immer im Auge behalten: daß es eine Strafe ist, die mir Reue und Opferwilligkeit getragen werden soll, und daß, um des guten Beispiels willen, du niemals einen anderen, am wenigsten einen Priester bloßstellen darfst. Das Opfer muß ganz allein auf deinen Schultern liegen, so wird es Gott um so wohlgefälliger sein. Wir sollen stets der Gemeinde ein gutes Beispiel geben und jedes Aergernis vermeiden. Tue so, und ich werde mit dir beten zu allen Heiligen."

Ich mußte das Schriftstück zum zweiten Male lesen, um es in seiner ganzen Herrlichkeit erfassen zu können.

Und dann, als ich es wiederum gelesen hatte, ganz langsam Wort für Wort, dann fühlte ich klirrend eine Kette springen und eine Schwäche von mir fallen.

Ich war erstarkt an der jammervollen Feigheit dieses traurigen Märtyrers für sein Volk, dieses heroischen Kämpfers für seine Kirche . . . .

Nachdem ich den Brief in tausend Fetzen zerrissen, rannte ich wie eine Rasende in den vom Herbststurm geröttelten und geweihschten Wald hinaus. Ich biß die Zähne auf die Unterlippe, daß das Blut hervorsprang, und wiederholte immerdrohend, laut vor mich hinsprechend, ein Wort, einen lächerlichen Ausdruck, den der Wirbelsturm meiner Gedanken mir immer wieder auf die blutenden Lippen legte: „Um so einen Fatzke, um so einen Fatzke!" —

Ich lachte.

Und aushalten müssen bei diesem „Fatzke", um meiner alten, betrogenen Mutter willen aushalten müssen bei ihm um — — — um . . . meines Kindes willen! —

Als ich dies Wort zum erstenmal zu denken wagte, kam ich zur Besinnung. Ich stand auf hoher, kahler Dünenwand, vom Novembersturm umbraust, und der Gischt der mit Donnerlaut heranrollenden, an Stein und Klippe sich dreifach überschlagenden Wellenberge spritzte kühlend und salzig mir in das brennende Gesicht.

Da hinab — — —!

Dann hätte ich Ruhe gehabt für alle, alle Zeit, ich und mein Kind.

Und meine Mutter? Meine liebe, alte Mutter — was hätte sie beginnen sollen, wenn ich den erlösenden Gedanken zur erlösenden Tat machte?

Das war es. Darum mußte ich aushalten bei diesem Feigling und mußte Hilfe annehmen von ihm. Weil ich nicht töten konnte, mußte ich weiterlügen, mußte schmachbedeckt und heimlich in irgendeinem Winkel der Großstadt mein Kind zur Welt bringen, mußte mein Kind irgendwo für billiges Geld verkaufen, bei Leuten, die es mißhandelten, weil es ihnen eine Ueberlast war . . .

Und das alles, alles: weil die alte Frau nichts wissen durfte von seinem Dasein! Mein Kind, mein armes Kind! —

Ganz plötzlich überflutete mich eine Woge seltsamer Empfindungen, die, aus den tiefsten Schmerzen emporquellend, in einer Minute alle Stadien des Gefühls durchlief, bis zum höchsten Glücksbewußtsein, bis zur Verzückung sich emporrang, um zuletzt in einem heißen Tränenstrom den befreienden Ausweg zu finden.

So stark, so überwältigend war die Wucht dieser Empfindung, daß sie in ihren Aeußerungen der Verzweiflung gleich kam. Hell aufschreiend warf ich mich auf den sandigen Boden nieder und küßte, da ich das Ungeborene nicht küssen konnte, meine eigenen Hände in einer Art von Taumel, in dem einen, eine Welt von Süße und Zärtlichkeit erschöpfenden Gedanken: „Mein Kind!"

In einer Stunde habe ich alles Glück des Lebens durchkostet und alle seine Schmerzen erwiesen.

Die Strafe Gottes hing über meinem Haupte. Die Strafe für die große Sünde. Von meinem Kinde würde ich mich trennen müssen um der Mutter willen, die ich belogen und betrogen hatte.

Und doch reichten all' die Qualen meiner Seele nicht hin, um irgendein Reuegefühl in mir erzwingen zu können über die Sünde, die ich begangen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230828-15/fragment/page=0003

Die Fleischteuerung ist leichter zu ertragen,

wenn die Hausfrau die Suppen, Gemüse und Soßen mit einigen Tropfen

MAGGI's Würze im Geschmack kräftigt.

Vorteilhaftester Bezug in Original-Flaschen Nr. 6; unbegrenzt haltbar auch bei offener Flasche.

VSPD

Halle u. Bezirk Merseburg

Sekretariat: Halle (Saale), Harz 42/44, Hintergebäude, 2 Treppen :: Fernruf 1029

Parteigenossen! Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen der Partei Eure Frauen mit.

Halle.

Frauengruppe. Mittwoch den 29 Aug., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (nicht bei Genossin Kunitz) Leseabend. — **Frauenausschuß.** Mittwoch, den 29. Aug., abends 1/8 8 Uhr, Gewerkschaftshaus, kl. Zimmer.

Jungsozialisten. Dienstag, den 28. August. Besprechung aus „Kulturlehre des Sozialismus" von Radbruch.

Zschornewitz. Mittwoch, den 29. Aug., abends 8 Uhr, findet im Koloniegasthof eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Das Erscheinen aller ist dringend geboten.

Der Vorstand.

Vereinsanzeiger

Halle.

Freier Sängerchor. Vereinslokal: „Stadt Dresden", Martinstraße. Dienstag abend 7 1/2 Uhr Treffpunkt im „Volkspark" zur Mitwirkung beim Volkskonzert. Vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Die Naturfreunde. Heim: Weidenplan 20 (Nebeneingang). Jeden Freitag dortselbst Fahrtenbesprechung und Zahlabend. — Mittwoch abends 6 Uhr: Sport und Leichtathletik auf der Peißnitz. — Musikgruppen: Jetzt wieder Anfänger-Gruppe, jeden Donnerstag im Heim. Weisenplan 20 von 8—10 Uhr (Kinder von 7—8 Uhr). — Freitag Notenspieler von 1/2 8—10 Uhr, Heim, Laurentiusstraße 29. — Sonnabend: Vierteljahrs-Versammlung im Zimmer 7 des „Volkspark". Beginn abends 7 Uhr. — Sonntag: Gruppentreffahrt Eisenhammer, (Dübener Heide).

Volks-Feuerbestattungs-Verein Halle und Umgegend. Laut Beschluß verlieren am 1. Sept. 1923 sämtliche Beitragsmarken ihre Gültigkeit. Marken und Gelder sind bis 5. Sept. abzuliefern. Extrabeitrag für September 1923 200 000 Mk. Der Vorstand

Bitterfelder Verein der Freidenker für Feuerbestattung. Mittwoch, 29. August, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten", kleines Zimmer: Vierteljahresversammlung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Allseitiges Erscheinen erwünscht. Die Zahlstellenleitung.

Mansfelder Lande.

Jungsozialisten. Heute Dienstag, den 28. August, nachmittags 5 1/2 Uhr im Parteibureau: Wichtige Vorstandssitzung.

Zentralbibliothek Halle
Burgstraße 27 (Volkspark).
Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Büchererscheinisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44.

Brunnerts Hofjäger
Lindenstraße
Mittwoch, den 29. August,
abends 1/8 8 Uhr: 2780
Künstler-Abend
Zum Besten notleidender Künstler
Die besten Künstler Halles wirken mit

Exerzierplatz
Telephon 8515
Straßburgers 3-Masten-Circus mit 2 Manegen
Tägl. 7 1/2 Uhr. Mittw. auch 3 1/2 Uhr
65 Sensationen
Nachmittags Kinder **halbe** Preise
Probe, Tierschau 2775
Täglich 10—1 Uhr
Billetts: Steinbrecher & Jasper, Markt 1, Telephon 6869 und Circuskasse. 10—1 Uhr und eine Stunde vor Beginn

Der wahre Wert
eines Seifenpulvers liegt in seiner sachgemäßen Zusammensetzung. — Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand, daß minderwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nützlich sind.
Dirin
Henkel's beliebtes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Ergiebigkeit u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Behandlung der Wäsche und
billiges Waschen

Thalia-Theater.
Unwiderruflich letzte Woche! Täglich abends 8 Uhr: Mit Orchester! Der Riesen-Operettenschlag. **Die kleine Sünderin** Vorverkauf Hothan, Steinbrecher & Jasper. Thalia-Theater.

Bruchkranke
könn. nach bewährt. Method. ohn. Operat. u. Berufsstör. geheilt werd. Sprechstund i. Halle, Hot. „Grün Baum", Franckestr., am Sonnabend, dem 1. Sept. von 3-7 Uhr. Dr. med. Hausmann, Spezialarzt 2778 für Bruchleiden.

Eichene **Schlafzimmer** preiswert zu verk. **Guido König** Volkmannstr. 10.

Werbt neue Leser!

U.T Leipziger Strasse 88
Berg-Eyvind u. sein Weib
Das Schicksal zweier Menschen. Drama in 7 Akten
Handl.: Auf Island.
Dienstbotennot
Eine Gesch. für Herz u. Magen in 5 Akten.
— Beginn 4 Uhr —

W.T Walh.-Lichtsp.-Theater
Fern Andra i. d. Drama in 5 Akten
Die Nacht der Königin Isabeau.
Carola Toelle in d. Schauspiel i. 5 Akt.
Das Mädchen, das wartete. 2776
— Beginn 4 Uhr —

U.T Alte Promenade 11a
Lotte Neumann in dem Drama in 6 Akten
Arme Thea.
Charlie Chaplin i. d. Grot. in 2 Akten
Chaplin als Pseudograf
— Beginn 4 Uhr —

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städt. Schlacht- und Viehhofe.

Bezahlt wurden am Montag, dem 27. August 1923.

Gattung	Für 50 kg Fleischgewicht 1. höchster Preis M	2. niedrigster Preis M	3. häufigster Preis M
Ochsen	120 000 000	70 000 000	100 000 000
Bullen	100 000 000	85 000 000	95 000 000
Kühe	120 000 000	70 000 000	100 000 000
Jungrinder	95 000 000	90 000 000	90 000 000
Mastkälber	—	—	—
Saugkälber	—	—	—
Lämmer und Mastjammel	—	—	—
Schafe	125 000 000	100 000 000	120 000 000
Schweine einschl. Mittel und Geschlinge	185 000 000	150 000 000	170 000 000

Gefrierfleisch:
Ochsen 65 000 000. Lämmer und Mastjammel 87 500 000.

Helft den Kämpfern an der Ruhr!

An die Bevölkerung ergeht von neuem die dringende Bitte, den zahllosen Flüchtlingen zu helfen, die täglich aus dem besetzten Gebiet in Halle eintreffen und hier untergebracht und verpflegt werden müssen. Die Eisenbahnverwaltung, der die Sorge für das Wohl der Ausgewiesenen obliegt, tut zwar alles, um den aus der Heimat Vertriebenen ihr schweres Los zu erleichtern; aber sie bedarf dazu auch der **opferfreudigen Unterstützung der gesamten Bevölkerung.** Auf den Aufruf, den die Reichsbahndirektion vor einiger Zeit um leihweise **Überlassung von Möbeln** erließ, sind erfreulicherweise zahlreiche Meldungen eingegangen. Es sind bis jetzt etwa 80 Betten, 20 Schränke, 120 Stühle und vieles andere mehr zur Verfügung gestellt worden. Die Abfuhr der Möbel hat bereits begonnen. Trotzdem genügt das, was bisher getan ist, nicht. Denn ebenso große Schwierigkeiten wie die Unterbringung der Ausgewiesenen verursacht ihre **Verpflegung.** Die Stadt Halle beherbergt **täglich etwa 300 Flüchtlinge,** die hauptsächlich in der Reilkaserne und Roßplatzkaserne untergebracht sind. Die Vertriebenen haben ihr gesamtes Hab und Gut im Stich lassen müssen und sind daher völlig auf fremde Unterstützung angewiesen. Das anerkennenswerte Entgegenkommen der hiesigen Schutzpolizei, die unentgeltlich einige Räume zur Verfügung stellte, hat es nun der Reichsbahndirektion ermöglicht, eine Milchküche für die zahlreichen Kinder und Säuglinge der Flüchtlinge, eine Kaffeeküche und neuerdings auch eine Mittags- und Abendküche für die Erwachsenen einzurichten. Naturgemäß begegnet die regelmäßige Verpflegung der Vertriebenen bei der heutigen Ernährungslage großen Schwierigkeiten und erfordert vor allem **ungeheure Kosten.** Es ist vorgekommen, daß nicht einmal die notwendigste Nahrung (Kartoffeln, Fette, Eier für Kranke usw.) zu beschaffen war. Wir richten daher an die Bevölkerung die

dringende Bitte

uns nicht nur entbehrliche **Möbel** leihweise zur Verfügung zu stellen, sondern auch **Lebensmittel** und sonstige Waren zu spenden. Schließlich würden wir es auch übernehmen, für **Geldspenden,** die uns von der hiesigen Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden, Liebesgaben zu beschaffen zur Verteilung an die Ausgewiesenen, insbesondere an die Kinder, um ihnen zu zeigen, daß auch hier lebhaftes Verständnis für ihre Lage vorhanden ist und ihnen Dank für ihren unerschütterlichen Mut und ihre Treue zum Vaterlande gezollt wird.

Gewiß leidet das ganze deutsche Volk Not und Entbehrungen; aber die allgemeine Not ist gering gegenüber dem jammervollen Zustande, in dem sich unsere leidenden Brüder von Rhein und Ruhr befinden. Darum ist es Ehrenpflicht jedes Deutschen, den Ausgewiesenen die durch ihr mannhaftes Eintreten für das Deutschtum unserem Volke wieder Achtung in der Welt verschafft haben, mit allen Kräften hilfreich zur Seite zu stehen. Auch die kleinste Gabe ist willkommen!

Geldbeträge und Meldungen über verfügbare Möbel und Lebensmittel werden bei der **Reichsbahndirektion Halle, Thielenstraße 2, Zimmer 370a** (Fernruf 7791, Flüchtlingsfürsorgestelle), entgegengenommen. Geld kann auch auf **Postscheckkonto Leipzig Nr. 37639** an die Flüchtlingsfürsorge der Reichsbahndirektion Halle eingezahlt werden. Die Möbel und Waren werden auf Kosten der Reichsbahndirektion abgeholt. Es wird gebeten, um spätere Irrtümer zu vermeiden, jedes Möbelstück mit Namen und Anschrift des Eigentümers zu versehen. Lebensmittel bitten wir, soweit sie nicht abgeholt werden sollen, bei der Verpflegungsstation für Ruhrflüchtlinge in der **Reilkaserne (Kellergeschoß)** abzugeben.

Halle (Saale), den 22. August 1923. 2788

Reichsbahndirektion.

Kaufhaus Paul Bassin
Am Markt **Falkenberg** Fernruf 77
empfiehlt sich den werten Lesern dieser Zeitung bei gelegentl. Bedarf.

Verschiedene möbl. Zimmer (1-2)
für die neuverpflichteten Solisten und Solistinnen des Stadttheaters raschest gesucht. Ob. Stellv. V. Thetter, Stadttheater.

Zeitungsträgerinnen
für einige Bezirke in Halle stellt ein
Verlag Volksblatt G. m. b. H.

Alle Drucksachen liefert die Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei.

Volkspark
Burgstraße 27.
Das eigene Heim der **Hallisch. Arbeiter**

Meinen werten Geschäftsfreunden
zur gefälligen Kenntnisnahme, daß Herr **Max Barth** seit 13. August 1923 nicht mehr in meinem Geschäft tätig ist und bitte meine werte Kundschaft zwecks weiterer Geschäftsverbindung und evtl. Anfragen usw. sich direkt an meine Firma zu wenden. 2795
A. Willy Friedrich,
Wein, Spirituosen, sämtliche Tabakfabrikate-Grosshandlung, Kakao, Schokolade und Zuckerwaren-Agenturen.
Behördlich zum Grosshandel zugelassen.
Halle a. S., Gütchenstr. 14. Tel. 2866.

Wo sollst Du kaufen?
Nur bei unseren Inserenten!

Mansfelder Kreise

Arbeit.-Bildungs-Ausschuß Eisleben.
Freitag, 31. August, abends 8 Uhr, im Volkshaus, gr. Saal
Opern- und Operetten-Abend.
(Streichkonzert).
Leit.: Herr Stäbt.
Musikdirekt. Netzer.
Eintritt: 10 Goldpfg. (100 000 Mk.)
Vorverkauf ab heute

Mieter-Verein Eisleben
Donnerstag, 30. August, abends 8 Uhr im Saale d. „Volkshauses":
Oeffentliche Mieter-Versammlung
Thema:
Das neue Mieterschutzgesetz, Berechnung der Mieten.
Eintritt f. Mitglieder geg. Mitgliedskarte frei. Für Nichtmitglieder beträgt die Eintrittsgebühr 50 000 Mark.
Der Vorstand.

Halt! Kleine Anzeigen
wie: Kauf-Gesuche und -Angebote, Vermietungen, Unterricht, Stellengesuche, Vereinsnachrichten usw. finden hier stets ihren Erfolg!

Stempel liefert Otto Schneiders Stempelfabrik Tel. 1766 Hallo Hauptstraße 5

Lichtspiele
Das Geheimnis der grünen Villa
Das äußerst spannende Abenteuer des berühmten Detektivs **Tom Knox** im Hochgebirge. 6 packende Akte.
Die schönsten Frauen und jungen Mädchen aus Deutschlands Großstädten in einer Schönheitskonkurrenz in dem Film:
Das Urteil des Paris.
5 lustige Akte
„Er" — **Harold Lloyd** — in
Zwei gute Nachbarn.
Größter Lacherfolg.

Amtliche Bekanntmachungen

Eisleben

Unter Hinweis auf das Gesetz, betreffend die **Beschulung blinder und taubstummer Kinder,** ersuchen wir die Eltern, Vormünder usw. von blinden und sehr schwachsichtigen Kindern, sowie taubstummen, tauben und sehr schwerhörigen Kindern, uns von dem Vorhandensein der Kinder baldigst Mitteilung zu machen, damit die Aufnahme in die hier zu führenden Nachweisungen erfolgen kann.

Eisleben, den 17. August 1923.

Der Magistrat.

Helbra

Freitag, den 31. August 1923, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaale des Gemeindeamtes: **Sitzung der Gemeindevertretung.**

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über Erhebung eines weiteren Steuerzuschusses (200facher Betrag der Realsteuer 1922).
2. Erhöhung der Sätze der Verwaltungsgebührenordnung.
3. Desgleichen der Ankündigungssteuerordnung.
4. Beschlußfassung über Getränkesteuerordnung.
5. Verschiedenes.

Helbra, den 28. August 1923.

Der Gemeindevorsteher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230828-15/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 27. August 1923.

Die Schrecknisse des Kohlenpreises.

Der Magistrat an den Reichskanzler.

Die fortwährende Steigerung der Kohlenpreise muß die schwersten Gefahren nicht nur für das Wirtschaftsleben, sondern vor allem für die Erhaltung des nackten Lebens der Armen und Allerärmsten im kommenden Winter heraufbeschwören. Der hallische Magistrat richtete jetzt telegraphisch die Bitte an den Reichskanzler, beim Reichskohlenamt darauf hinzuwirken, daß die neuerliche Erhöhung der Brikettpreise nicht zu einer Ueberspannung führe. Der Magistrat weist darauf hin, daß ein Preis von 4 Millionen Mark für den Zentner Kohlen den Friedenspreis von 60 Geldpfennigen erheblich übersteige, da ein Friedenspreis von 60 Pfennigen erst einem Papiergeldwert von etwa 600000 Mark entsprechen würde.

Heute beschäftigen sich die mitteldeutschen Handelskammern mit den Folgen der neuen Brikett-Preiserhöhung. Die hallische Handelskammer will ebenfalls bei der Reichsregierung vorstellig werden.

Ein Brief 75000 Mark.

Die neuen Postgebühren vom 1. September an.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 1. September 1923 an im Post-, Postscheck-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

Postkarten im Ortsverkehr 15000 Mk., im Fernverkehr 30000 Mk.

Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 30000 Mk., über 20 bis 100 Gramm 45000 Mk., über 100 bis 250 Gramm 75000 Mk., über 250 bis 500 Gramm 90000 Mk., im Fernverkehr bis 20 Gramm 75000 Mk., über 20 bis 100 Gramm 100000 Mk., über 100 bis 250 Gramm 120000 Mk., über 250 bis 500 Gramm 140000 Mk.

Drucksachen bis 25 Gramm 15000 Mk., über 25 bis 50 Gramm 30000 Mk., über 50 bis 100 Gramm 45000 Mk., über 100 bis 250 Gramm 75000 Mk., über 250 bis 500 Gramm 90000 Mk., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 110000 Mk.

Geschäftspapiere und Mischsendungen bis 250 Gramm 75000 Mk., über 250 bis 500 Gramm 90000 Mk., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 110000 Mk.

Postanweisungen bis 1 Million 30000 Mk., über 1 bis 2 Millionen 40000 Mk., über 2 bis 5 Millionen 70000 Mk., über 5 bis 10 Millionen 100000 Mk., über 10 bis 20 Millionen 140000 Mk., über 20 bis 30 Millionen 180000 Mk., über 30 bis 50 Millionen 220000 Mark, über 50 bis 70 Millionen 260000 Mk., über 70 bis 100 Millionen 300000 Mk., über 100 bis 150 Millionen 350000 Mk., über 150 bis 200 Millionen 400000 Mk.

Die Einschreibgebühr ist auf 75000 Mk., die Vorsteuergebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 37000 Mk. festgesetzt.

Für bar eingezahlte Zahlkarten bis 2 Millionen 10000 Mk., über 2 bis 5 Millionen 20000 Mk., über 5 bis 10 Millionen 30000 Mk., über 10 bis 20 Millionen 40000 Mk., über 20 bis 30 Millionen 50000 Mark, über 30 bis 50 Millionen 60000 Mark, über 50 bis 70 Millionen 70000 Mk., über 70 bis 100 Millionen 80000 Mk., über 100 bis 150 Millionen 90000 Mk., über 150 bis 200 Millionen 100000 Mk., über 200 Millionen bis unbeschränkt 120000 Mk., für bargeldlos beglichene Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 50000 Mk. für eine Zahlkarte.

Neue Fahrpreise am 1. September.

Kauft rechtzeitig Fahrkarten!

Mit Einführung des wertbeständigen Personentarifes am 1. September werden die Fahrpreise erhöht. Die Ueberleitung in der Nacht vom 31. zum 1. bedingt, daß am letzten Augusttage der Fahrkartenverkauf eingeschränkt und zum alten Preise auf jeden Fall nachts 12 Uhr beendet wird. Möglichst frühzeitige Lösung liegt deshalb im Interesse des Reisenden; die Möglichkeit zur früheren Lösung besteht auch, da alle Fahrkarten ab 29. August mit dem 31. August abgestempelt werden und so auch die schon am 29. und 30. entnommenen Karten noch bis zum 3. Sept. gelten. Die Höhe der neuen Fahrpreise steht noch nicht fest.

Eine Straßenbahnfahrt 150000 Mark.

Von heute an kostet eine Straßenbahnfahrt für 2 Teilstrecken 100000 Mk., für eine weitere Entfernung 150000 Mk. Fahrscheinhefte kosten 900000 und 1350000 Mk., Halbmonatskarten 3000000 und 5000000 Mk.

Einschränkungen, die vorgeschlagen waren, wurden wie wir erfahren, von der Straßenbahndeputation abgelehnt.

An die kunstsinnige Bevölkerung Halles!

Ein Teil der neuverpflichteten Solisten und Solistinnen des Stadttheaters hat noch keine Unterkunft gefunden und ist seit 10 Tagen gezwungen, im Hotel zu wohnen und sich da zu verpflegen. Die Mitglieder sind dadurch in schwerste pekuniäre Sorgen geführt worden. Kunstsinnige Halles, helft rasch, indem Ihr möblierte Zimmer zur Verfügung stellt!

Freundliche Anmeldungen erbeten an den Obmann-Stellvertreter der Bühnengenossenschaft: Paula Thetter, Stadttheater.

Hallische Tuberkulose-Woche.

Die Fürsorgestelle für Lungenkranke, Salzgrafenstr. 3, weist auf die Tuberkulosewoche vom 1. bis 10. September im Thalia-Saal hin.

Die Tuberkulose, von der uns die Lungenschwindsucht als Krankheitsform am bekanntesten ist, verschlang und verschlingt noch immer ungeheure Opfer. So starb bisher im erwerbsfähigem Alter zwischen 15 und 60 Jahren jeder 3. Deutsche an dieser Volksseuche. Ganze Familien werden von ihr hingerafft und sterben aus. Wer die Leiden, das jahrelange Siechtum der Kranken mit ansehen muß, wer weiß, wie die Ansteckung Geschwister, Ehegatten, Kinder ergreift, bei jedem zum Tode führt, diesen lebenslänglich zum Krüppel macht, der kann den Kampf verstehen, den jedes Volk gegen diese Seuche führt.

„Es nützt ja doch nichts, wenn wir diesen Kampf führen", werden viele in der heutigen Zeit sagen. Man muß einräumen, daß der Kampf schwerer geworden ist, daß die Abwehrmittel sich von Jahr zu Jahr verringert haben im deutschen Volk und daß in der Tat der Endsieg in weitere Fernen rückt. Aber sollen wir deshalb müde werden, dürfen wir diesen Kampf aufgeben, bevor die letzten Mittel erschöpft sind? Nein und abermals nein! Wir müssen ihnen zeigen, daß die Tuberkulose oft eine vermeidbare Krankheit ist. Wir müssen sie darauf hinweisen, daß sie oft eine heilbare Krankheit ist. Wir dürfen nichts unterlassen, um schon in der Schule und im späteren Leben den einzelnen darauf hinzuweisen, wie er der Tuberkulose entgehen kann.

Es ist besonders für uns Deutsche schmerzlich, zu sehen, wie wir gerade wieder unter dieser Geißel leiden müssen. War es doch der deutsche Arzt Dr. Hermann Brehmer, der in Görbersdorf in Schlesien 1855 die erste Heilanstalt für Lungenkranke schuf, und der die Lehre aller Welt verkündigte: „Die Tuberkulose ist heilbar". Aus allen Enden der Welt, ja von Ueberlebe her wallfahrtete man nach Görbersdorf, um den neuen Propheten kennenzulernen und die Kranken in seine Hände zu geben. Die Lehre Brehmers hielt ihren Siegeszug über Deutschland und über die ganze Erde. Mustergültig und vorbildlich entwickelte sich die deutsche Heilstättenbewegung.

Fast 30 Jahre nach Brehmers Entdeckung fand unser deutscher Meister Professor Robert Koch den Erreger der Tuberkulose, den Tuberkelbazillus. Er stellte damit fest, daß die Tuberkulose eine Krankheit ist, die durch einen Pilz übertragen wird, einen Bazillus, der nur wenige Tausendstel Millimeter groß ist. Besondere Färbeverfahren machen den Kochschen Bazillus durch Vergrößerungen mit dem Mikroskop dem Auge sichtbar. Koch gab uns mit der Erkenntnis des Erregers der Erkrankung zugleich auch ein Hilfsmittel zur Heilung der Krankheit. Und wieder 1½ Jahrzehnte später war es ein Deutscher, W. K. Röntgen, der durch die Erfindung der X-Strahlen, die ja für alle Krankheiten außerordentliche Bedeutung haben, die genaue Feststellung und die Ausdehnung der Tuberkulose ermöglichte.

Es ist, wie schon gesagt, ein sonderbares Geschick, daß gerade uns Deutsche, die wir durch unsere hervorragende Forscher allen Völkern dem Kampf gegen die Tuberkulose ermöglicht haben, diese Krankheit jetzt so hart trifft. Wir hatten schon ausgezeichnete Erfolge. Wir sahen, wie in den 80er Jahren auf 10000 Lebende 83 Todesfälle entfielen, und wir sahen die Todeskurve abfallen von Jahr zu Jahr, bis wir vor dem Kriege eine Sterblichkeit von nur 12 auf 10000 Lebende mehr hatten. Seit der unmenschlichen Blockade unserer Feinde stieg die Tuberkulosesterblichkeit wieder ungeheuer an. Wir wurden zurückgeworfen in die Zeiten der 80er Jahre. Nach Kriegsschluß kam bis zum Jahre 1921 ein Abfall, dem seit 1922 wieder ein Aufstieg folgt, der beängstigend ist. Nehmen wir unsere hallischen Zahlen:

1913: 12,5 Todesfälle auf 10000 Lebende
1918: 29 „ „ „ „
1919: 19 „ „ „ „
1920: 18,3 „ „ „ „
1921: 11 „ „ „ „
1922: 14,4 „ „ „ „

jetzt steigt die Todesziffer wieder von Monat zu Monat an.

*

* **Der Ortsverein zur Bekämpfung der Tuberkulose** führt den Tuberkulose-Großfilm: „Die weiße Seuche" ab 1. September im Thaliasaal vor. Spieldauer 2 Stunden. Der Film bietet die beste Aufklärungsmöglichkeit. Er wird gespielt: am 1. und 7. für die Elternvereinigung, am 8 und 7. für das Gewerkschaftskartell, am 3. September für die Allgemeine Ortskrankenkasse, am 4. für die kaufmännischen Krankenkassen, am 5. 9. für die Naturbeilvereine und Volkshochschule (Karten im Schulbureau), am 6., 8. und 10. September sind öffentliche Vorführungen (Karten zu 30000, 60000 und 100000 Mark bei Hothan usw.). Bei den geschlossenen Vorführungen sehr herabgesetzte Preise.

Artisten im Streik.

Die Internationale Artisten-Loge, Ortsgruppe Halle, schreibt uns:

An dieser Stelle wiesen wir schon einmal auf die völlig unzulängliche Entlohnung der Kabarett-Artisten hin. Daß seitens der Ortsleitung alles geschah, um auf friedlichem Wege die Dinge zu regeln, ist selbstverständlich. Nur die Verschleppungstaktik der Herren Direktoren hat die Artisten zu dem Schritt gebracht, den sie am Sonnabend durch Streikt in den Streik traten. Dieser Streik ist nicht mutwillig vom Zaun gebrochen, sondern in allen Konsequenzen sehr reiflich überlegt; er ist auch kein wilder Streik, wie die Direktoren ausstreuen, sondern er ist sowohl von den örtlichen, wie auch den zentralen Organen der Gewerkschaften anerkannt.

Herr Koch, Inhaber von Be-Bu-Bü (Jägergasse) hat gestern in seiner Notiz mit Zahlen gepranzt, die ihm unwiderleglich scheinen. Und doch ist in seiner Rechnung ein Loch! Es mag zugegeben sein, daß er einzelnen seiner Leute drei und vier Mindestgagen zahlt, aber die Mehrheit bekommt doch nur 2 Mindestgagen und darunter. Wir haben uns erzählen lassen, daß im „Modernen Theater", dessen Inhaber Herr Bruno Bernhardt ist, für den Monat September nur Engagements mit 1¼ bis 1½ Mindestgagen zustande gekommen sein sollen. Doch das nur nebenbei.

Als die Herren Direktoren am Sonntag unter dem Druck des Streiks und um sich nicht auch das Sonntagsgeschäft noch entgehen zu lassen, mit uns verhandelten, boten sie uns gerade durch den Mund des Herrn Koch die horrende Summe von 2 Millionen Mark als Wirtschaftsbeihilfe für den ganzen Monat.

Diese Verhöhnung haben die Artisten mit dem einzigen noch möglichen Mittel der Bestreikung und Sperrung aller hiesigen Kabarett-Betriebe beantwortet. Die Artisten, besonders die „kleinen", sind dem Verhungern nahe, aber sie sind bereit, zur Durchsetzung ihrer berechtigten Forderung, der Zahlung einer Teuerungszulage von 15 Millionen Mark zu kämpfen bis zum äußersten. Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Und das würde es sein, wenn sie sich die Hungerentlohnung noch länger gefallen lassen wollten.

Parteinachrichten.

* **Ortsvorstandssitzung.** Morgen, Mittwoch, abend 7½ Uhr im Parteibureau: Sitzung des Ortsvorstands mit den Ortsbezirksführern und -kassierern. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

* **Wieder ein Getreuer dahin.** Vor einigen Tagen starb Genosse Kurt Jonack. Er, auf den seine Mitkämpfer so große Hoffnung setzten, ging in der Blüte seines Lebens von ihnen. Genosse Jonack war einer der Mitbegründer der Arbeiter-Jugend in Halle und auch sonst ein sehr eifriger Kämpfer. Stets seiner Arbeit gedenkend, werden seine Freunde das gemeinsame Werk zum Ziele führen.

* **Rentenzahlung bei der Post.** Die Zahlung der Militärrenten und der Invaliden- und Unfallrenten für September findet beim Postamt I, gr. Steinstraße 72, wie folgt statt. Militärrenten: am 29. August für die Nummern 1 bis 4000, am 30. August für die Nummern 4001 bis Schluß, am 31. August für die an den Hauptzahlungen nicht erhobenen Renten. Am 1. und 3. Septbr. werden Heeresrenten nicht gezahlt. Weitere Zahlung erfolgt vom 4. bis 8. September. Die bis dahin nicht erhobenen Renten werden vom 10. September unter Erhebung einer Bestellgebühr in Höhe der zurzeit gültigen Freigebühr einer Postkarte im Fernverkehr zugestellt.

Mit der Rente wird gleichzeitig ein Vorschuß für September gezahlt. Invaliden- und Unfallrenten: am 1. September für die Nummern 1 bis 3800, am 3. September für die Nummern 3801 bis Schluß. Vom 29. August bis einschließlich 6. September werden die Renten in der Zeit von 8 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm., an den folgenden Tagen von 9 bis 12 Uhr vorm. und 3 bis 6 Uhr nachm. gezahlt. — Rentenerhöhung. Empfänger einer Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Krankenrente erhalten zu ihrer Grundrente eine Teuerungszulage von 40000 Mk. Empfänger einer Waisenrente für jedes Kind zur Grundrente eine Teuerungszulage von 20000 Mk.

* **Höhere Gebühren für den Krankentransport.** Der § 2 der Gebührenordnung für die Benutzung der städtischen Krankentransportwagen wird wie folgt geändert: Für jede Inanspruchnahme eines Wagen innerhalb des Stadtgebietes sind, auch wenn bei seinem Eintreffen der beabsichtigte Transport nicht ausgeführt werden sollte, zu zahlen: Für einheimische Kranke 800000 Mk., für auswärtige Kranke 1000000 Mk. Krankenkassenmitglieder zahlen die gleichen Sätze.

* **Vorläufig Schließung des Versorgungsamtes.** Die umfangreichen Vorarbeiten zur rechtzeitigen Zahlbarmachung der Renten nach dem Abänderungsgesetz zum RVG. ab 1. Oktober 1923 machen es erforderlich, das Versorgungsamt Halle vom 29. August bis 10. September 1923 für jeden Verkehr mit dem Publikum zu schließen.

* **Balkonwettbewerb.** Der durch den Verschönerungsverein und den Gartenbauverein veranstaltete Balkonwettbewerb zur Ausschmückung von Balkonen, Fenstern und Vorgärten hatte trotz der Ungunst der Verhältnisse ein erfreuliches Ergebnis. Zuerkannt wurden acht Siegerpreise, 41 Ehrenpreise, elf lobende Anerkennungen. Die Siegerpreise bestehen in wertvollen Pflanzen, die Ehrenpreise in Führern durch Halle. Das Preisgericht stellte fest, daß außer den preisgekrönten noch eine große Anzahl schöngeschmückter Balkons und Fenster vorhanden war, die jedoch zur Preisbewerbung nicht angemeldet waren. Es erhielten Siegerpreise: Herr O. Plato, Kurallee 19; Herr A. Richter, Richard Wagnerstraße 20 pt.; Frau G. Schuchard, Ulestraße 15 II; Herr E. Theis, Jenzigstraße 11 III; Herr L. Riese, Kellnerstraße 10c; Frau A. Schlaffke, Sophienstraße 17 II, Herr W. Heber, Rudolf Haymstraße 20 I, Herr P. Pabst, Röpziger Straße 197 II.

* **Einbruch.** In der Nacht zum 25. August ist in ein am Alten Markt gelegenes Lebensmittelgeschäft eingebrochen worden. Es sind gestohlen: Kunsthonig in Würfelform, Marke „Leida", zwei Seiten durchwachsener Speck, Dosen mit Büchsenfleisch, 25 Pfund Rinderfett in Pfundtüten mit Aufschrift F. H. Krause, Kokosfett in Tüten, Knack- und Leberwürste, Margarine in ½-Pfund-Packungen und eine Dose mit 8 Pfund Schmalz. Sachdienliche Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nimmt die Kriminalpolizei, Zimmer 3, entgegen. Für Angaben, die zur Ermittelung der Täter und Wiedererlangung des Gestohlenen führen, setzt der Geschädigte eine Belohnung von 5 Pfund Schmalz aus.

Film und kleine Bühne.

C. T., Riebeckplatz. Die mehr drastische als heitere Geschichte der eigensinnigen kleinen Witwe Mabel als Stoff einer Filmoperette, in der auch bekannte Töne gelegentlich angeschlagen werden. Das Stück wirkt vornehmlich durch die guten Gesangsvorträge. Technisch und bezüglich der Darstellung erreicht es eine gewisse Höhe. Diese wirkt alle tieferen Gemüter fesselnd: Bildfolge hat im Bühnenformat „Sonntagsjäger" ein groteskes Seitenstück. Wer nicht weltfremd ist, vermutet ja wohl ohne weiteres etwas Tolles hinter diesem Titel und in der Tat, was hier vorgeht, einen jeden Besucher zum Lachen zu zwingen. F—e.

* **Politische Albereien im Thalia-Theater.** Der künstlerische und literarische Wert der augenblicklich im Thalia-Theater aufgeführten Operette „Die kleine Sünderin" ist an dieser Stelle schon von berufener Seite gewürdigt worden. Die Schauspieler scheinen sich ihrer mangelnden Fähigkeiten in der Darstellung und der Stimme bewußt zu sein. Sie versuchen daher, das Publikum durch üble Witze in guter Stimmung zu erhalten. Ein Beispiel für viele: Als der tausendmal an anderer Stelle gerissene und darum nicht besser gewordene Vergleich zwischen Sattler und Reichspräsidenten von dem Hauptdarsteller auf der Bühne kolportiert wurde, klatschte ein Teil der Besucher starken Beifall. Gewisse Sorten von Menschen finden an diesen Geschmacklosigkeiten Gefallen. Pflicht sämtlicher Republikaner ist es aber, derartige Stätten zu meiden und damit den Darstellern beizubringen, daß sie erst etwas verstehen müssen und dann noch lange nicht das Recht haben, politische Albernheiten als Witze auszugeben.

Versammlungen und Veranstaltungen.

* **Internationaler Bund der Kriegsopfer, Ortsgruppe Halle.** Unsere nächste Mitgliederversammlung findet Mittwoch, den 29. August 1923, abends 8 Uhr im „Volkspark" (Mittelzimmer) statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderen wichtigen Punkten der Bericht vom Gautag. Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht.

* **15. Volkskonzert.** Der Arbeiter-Bildungsausschuß veranstaltet heute, Dienstag, das 15. Volkskonzert unter Mitwirkung des Freien Sängerchors. Das Programm ist wieder sehr sorgfältig ausgewählt worden. Programme sind an der Abendkasse zu haben. Wegen der gewaltigen Steigerung aller Unkosten wird der Eintrittspreis auf 60000 Mk. für Abonnenten und auf 80000 Mk. für Nichtabonnenten festgesetzt.

Saalkreis.

Könnern. Die bürgerlichen Stadtväter streiken. Die am Sonnabend abgehaltene Stadtverordnetensitzung war nur von kurzer Dauer. Der Bürgermeister Twiehaus-Wieie hatte an die Stadtverordnetenversammlung ein Schreiben gerichtet des Inhalts, daß er in Zukunft den Sitzungen fern bleibt. Er will sich angeblich nicht mehr beleidigen lassen, ferner könne ihm auch nicht zugemutet werden, den Sitzungen womöglich bis Mitternacht beizuwohnen. Dem Beispiel ihres Herrn folgend, waren auch die bürgerlichen Stadtverordneten bis auf einen fern geblieben. Obwohl ihnen bekannt ist, daß der Magistrat mit dem Bürgermeister als Dirigenten an der Spitze eine Bestimmungswidrigkeit auf die andere häuft, fühlen sie sich doch genötigt, gegen die Linke, die diesem Tun entgegentritt, Stellung zu nehmen. Da das Fernbleiben der Bürgerlichen an der Beschlußfähigkeit nichts ändert, konnte die Versammlung trotzdem tagen. Eine vom Magistrat vorgelegte Jagdpachtsteuerordnung wurde zurückverwiesen. Es kann den Stadtverordneten nicht zugemutet werden, einer aus 18 Paragraphen bestehenden Steuerordnung, die sie nur durch flüchtiges Vorlesen kennenlernte, zuzustimmen. Wie sooft wurde auch diesmal erneut gefordert, daß bei wichtigen Vorlagen jedem Stadtverordneten eine Abschrift zur vorherigen Orientierung zugestellt wird. Der Bürgermeister, der sich dagegen sträubt, stundenlangen Verhandlungen beizuwohnen, müßte doch im Interesse möglichst umgehender Erledigung der Geschäfte es ermöglichen, das Material jedem einzelnen zugänglich zu machen. Ferner müssen wir uns auch gegen die Tendenz der Vorlage wenden. In der vorgelegten Form würde sie der Stadt erheblichen Schaden, dem Kreise dagegen Vorteile bringen. Bekanntlich hat die Linke den diesjährigen Etat abgelehnt. Und zwar deshalb, weil der Magistrat die von uns gestellten Anträge in der Hauptsache unberücksichtigt beiseitegeschoben hat. Um den Bezirksausschuß in dieser Angelegenheit entscheiden zu lassen, wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt und mit der Ausarbeitung beauftragt. Nicht der Magistrat, der nebenbei nicht einmal voll besetzt ist, hat in Streitfällen zu entscheiden, sondern der Bezirksausschuß. Zum wiederholten Male stand auch der Wassertarif zur Verhandlung. Wasseruhren kennt man bei uns nicht; es wird geschätzt, in merkbarer Beziehung sogar sehr wohlwollend. Hierbei sollten die kinderreichen Familien, also die Aermsten, am meisten geschröpft werden. Der Magistrat ging von dem Gedanken aus, daß das Wasser eine Ware so gut wie jede andere sei, also auch so bezahlt werden müsse. Die Abänderungsanträge der Linken wurden zum Teil berücksichtigt. Wie der Magistrat die Bezahlung der Ware Wasser auffaßt, beweisen folgende Tatsachen: Die Aktien-Maschinenfabrik, das größte industrielle Unternehmen am Orte, verbraucht allein reichlich soviel Wasser wie die gesamte übrige Bevölkerung. An Kosten bringt sie jedoch nur ein Drittel auf. Für eine Badeeinrichtung werden 25 Kubikmeter berechnet und bezahlt. Ein einmaliges Wannenbad verschlingt ungefähr 250 Liter Wasser. Eine vierköpfige Familie würde bei wöchentlich nur einem Bad jährlich 52 Kubikmeter Wasser verbrauchen. Daraus geht hervor, daß sich die Badeeinrichtungsbesitzer, also wirtschaftlich Bessergestellten, einen erheblichen Teil ihres Wasserverbrauchs von den Armen bezahlen lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230828-15/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Auch die Jugend in Not!

An alle Ortsgruppen des Bezirks Halle-Merseburg.

Jugendgenossen und Jugendgenossinnen! Schwere Gefahren drohen den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der erwachsenen Arbeiterschaft, hervorgerufen durch die große wirtschaftliche Not, die auf uns allen lastet. Aber nicht nur jenen Organisationen würde der Verfall und Auflösung drohen, wenn ihnen die Mitgliedschaft die Unterstützung in finanzieller Hinsicht versagt, sondern auch uns, der proletarischen Jugend, würde dies Unglück widerfahren. Der Bezirksvorstand hat sich deshalb in seiner letzten Sitzung entschlossen, die vollbeschäftigten Mitglieder in unserer Organisation zur

Ablieferung eines halben Stundenlohnes

aufzurufen. Wir können nur dann arbeiten, wenn Ihr alle diesem Rufe Folge leistet. Aber nicht nur an unsere älteren Mitglieder wenden wir uns, sondern die Partei vor der finanziellen Jugendpflege uns nicht zur Verfügung stehen. Alles, was wir in unserem Bezirk haben, ist auf den eigenen Opferwillen unserer Mitglieder zurückzuführen. Wir wollen dies auch in Zukunft halten und uns so die sicherste Grundlage für unsere Selbständigkeit bewahren!

Unseren Funktionärkursus mußten wir aus finanziellen Gründen verschieben. Und doch müssen Mittel und Wege gesucht werden, um unseren Jugendlichen trotz alledem das Wissen beizubringen, was sie im Interesse der Führung des proletarischen Befreiungskampfes in ihren späteren Jahren benötigen. Müssen wir von dem Kursus absehen, so haben wir unsere ganzen Kräfte für die Aufklärung der Mitgliedschaften zur Verfügung zu stellen. Dazu benötigen wir aber Geld! Wir wissen, daß es besonders die Jugend unseres Bezirks war, die in den letzten Jahren wiederholt ihren Opfermut bewiesen hat, und wir erwarten auch diesmal wieder, daß wir nicht vergebens an unsere Genossen appellieren. Wir alle spüren die wirtschaftlichen Nöte am eigenen Körper, aber dies darf uns nicht abhalten,

unsere Bewegung zu erhalten,

um eben jene Nöte zu beseitigen, die uns so lange bedrohen, als sie nicht mit ihren üblen Wurzeln ausgerottet sind. Die Beseitigung ist nur dann möglich, wenn in den Reihen der Arbeiterschaft die Massen des Volkes vereinigt sind, die sich ihrer großen Aufgabe bewußt sind, die sie zu lösen haben. Die proletarische Jugend ist es besonders, die in erster Linie die Erziehungs- und Bildungsarbeit zu leisten hat. Deshalb, Jugendgenossinnen und -genossen, versagt nicht. Unser Kampf muß sein:

Für den Sieg der Arbeiterschaft über alle seine Gegner!

Den Ortsgruppen gehen in den nächsten Tagen die Sammellisten sowie die Extramarken zu, und wir ersuchen dringend, keine Zeit unnötig verstreichen zu lassen und der Bezirksleitung das Geld einzusenden. Bedenkt bei Euren Arbeiten, daß heute ein Brief 20 000 Mk. kostet; demgegenüber stehen uns an Einnahmen für den Monat pro Mitglied einschließlich des Beitrags für den Hauptvorstand 200 Mk. zu. Für 500 Mitgliedsbücher haben wir unbedingt in den nächsten Tagen an den Hauptvorstand etwa 1 000 000 Mk. zu zahlen! Bezahlt alle Rechnungen der Bezirksleitung schnellstens; Ihr könnt dann damit rechnen, daß die Lieferungen so erfolgen, wie Ihr es wünscht. Der Pflichtbeitrag an die Bezirksleitung beträgt im Monat September 2000 Mk.

Arbeitet und schafft für unsere Sozialistische Arbeiter-Jugend!

Verband der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Deutschlands,
Bezirk Halle-Merseburg.

Der Bezirksvorstand. J. A.: Reiwand.

Alle Gelder auf Postscheckkonto: Karl Reiwand, Halle (Saale), Harz 42/44, Postscheckkonto Leipzig Nr. 37 591.

Der Mieterschutz im Kreise Wittenberg.

Das Mieteinigungsamt für den Landkreis Wittenberg macht bekannt: Auf Grund der Anordnung des Kreisausschusses zur Bekämpfung der Wohnungsnot vom 13. September 1921 dürfen in den Gemeinden **Bad Schmiedeberg, Kemberg, Pretsch, Jahna, Apollensdorf, Bergwitz, Braunsdorf, Dobien, Elster, Kleinwittenberg, Pieskerit, Pratau und Reinsdorf** die Vermieter von Wohnungen, einzelnen Wohnräumen, Läden, Werkstätten, Geschäftsräumen und Bureaus ein Mietverhältnis rechtswirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Mieteinigungsamtes für den Kreis Wittenberg kündigen. Vermieter aus obigen Gemeinden, die Mietern am 1. Oktober 1923 kündigen wollen, haben schriftliche Anträge auf Zustimmung des Kreismieteinigungsamts zur Kündigung bis spätestens zum 1. September in doppelter Ausfertigung beim Mieteinigungsamte einzureichen. Später eingehende Anträge können erst zum nächsten Kündigungstermin berücksichtigt werden.

Braunsdorf. Treudeutsche Heldenmoral! Freitag, in später Abendstunde, wurden die Bewohner in der Nähe der Bücherei Albrecht durch gellende Hilferufe aufgeschreckt. Mord, Totschlag oder etwas Aehnliches? Ach nein! In hinterhältiger Weise überfiel der Stahlhelm- und Wehrwolfjüngling Emil Beuker seinen Ordensbruder B. Rüdiger und schlug wie toll mit einem Gummiknüppel auf denselben ein. Ob er den Ueberfallenen auf Münchener Art „umlegen" wollte, oder ihn mit dem Gummiknüppel nur echt treudeutschen Geist einhämmern wollte, wollen wir dahingestellt sein lassen. Rüdiger soll sich an die Polizei gewandt haben, so daß diese sonst verhaßte republikanische Justiz ein Wörtchen mitreden wird.

Delitzsch. Die Mitgliederversammlung unseres Ortsvereins am 24. August gestaltete sich recht interessant. Gen. Schulz (Halle) hielt ein Referat über die politische Lage, in dem er ganz besonders eingehend auf die Bildung der großen Koalition und die Stellung unserer Partei dazu einging. Ausgehend von Bebels Wort über die Beteiligung in den preußischen Dreiklassenwahlen und Kautskys Ausführungen über die Koalition in seinem Buche „Die proletarische Revolution und ihr Programm" zeigte er, daß der Parteifraktion in der gegenwärtigen Situation keine andere Art einzuschlagen war, als außerparlamentarischen Mitteln unterzog er die Kritik und schloß mit der Aufforderung, die Partei nicht zu diskreditieren und der Regierung Zeit zu geben, sich zu bewähren. An der Aussprache, die lange Zeit dauerte, beteiligten sich die Genossen Hampe, Naute, Buhle, Thomas und Schwahn als Gegner oder Befürworter der Großen Koalition. Im Schlußwort ging dann Genosse Schulz auf die einzelnen Bedenken der Diskutierenden ein und verteidigte seine Haltung als politischer Schriftleiter des „Volksblatt". Da die Zeit sehr vorgeschritten war, wurde der Bericht über die Unterbezirkskonferenz abgesetzt. Als Delegierter zum Bezirksparteitag wurde Genosse Schwahn gewählt. Genosse Hampe trat dann noch für eine lebhafte Agitation für die Presse ein. Gegen ½1 Uhr hatte die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende erreicht.

Krebna. Zehn Millionen für die Konsumgenossenschaft. Die am Sonntag, dem 26. August, nachmittags stattgefundene Mitgliederversammlung des Konsumvereins war leider nicht allzu gut besucht. Schuld daran ist sicherlich die Erntezeit; wann soll auch der Arbeiter seine Arbeit machen? Als Hauptpunkt stand die Erhöhung der Geschäftsanteile auf der Tagesordnung. Jeden Arbeiter wird es ja auch einleuchten, daß heute 3 000 000 Mk. lange nicht mehr ausreichen, um genügend Ware zu kaufen, und er wird die Erhöhung des Anteiles um weitere 10 Millionen auch bezahlen. Beschlossen wurde, daß 5 Millionen gleich zu bezahlen sind, und die weitere Einzahlung der restlichen 5 Millionen beschließt der Vorstand und Aufsichtsrat.

Kelbra. Merkwürdigkeiten der Naturalentlohnung. Die Erntearbeiten in der hiesigen Feldflur sind in vollem Gange. Die Erträge sind im allgemeinen zufriedenstellend. Es sind 2 Dampfdreschmaschinen aufgestellt, welche das Getreide dreschen. Als Dreschgeld nehmen die Besitzer pro Zentner 6 Pfund Getreide ab. Nun läßt sich ja eigentlich gegen dieses System nichts einwenden, wenn ein kleiner Dreschmaschinenbesitzer nach der Goldwährung seine Arbeit berechnet, aber den Kleinen folgen naturgemäß auch die Großen, und zwar die Landwirte. So hat der hiesige Domänenpächter Wüstenhagen, wie uns verschrieben wurde, denselben Modus eingeführt. Welche Ernteopfer hat die hiesige Domäne aufzuweisen, dem Pächter, wenn keine elementaren Ereignisse auftreten, werden reiche Gewinne garantiert. Der Arbeiter, welcher noch nicht nach Goldwährung bezahlt wird, empfindet es unwürdig und drückend, wenn er noch von den geernteten Zentnern Frucht abgeben muß. Wir sind der Ansicht, daß der von Herrn W. gewählte Zahlmodus nicht der besigewählte ist.

Stolberg. Ein bemerkenswertes Wahlergebnis. Bei der am Sonntag hier stattgefundenen Stadtverordnetenwahl wurden abgegeben für die sozialistische Liste Rinke 267, für die von „Hofe" und Kleinbürgerlicher Kurzsichtigkeit propagierte Liste 481 Stimmen. Demnach entfallen auf die sozialistische Liste Rinke fünf, auf die bürgerliche Liste 7 Sitze. Das unerwartete Wahlergebnis ist darauf zurückzuführen, daß zahlreiche Arbeiter aus noch nicht erkennbaren Gründen der Wahl fernblieben. Die Arbeiter, kleinen Beamten und Angestellte tragen selbst die Schuld, wenn in der Stolberger Rathauspolitik keine Aenderung eintritt. Nun hat ja der Herr Bürgermeister die Stadtverordnetenversammlung, wie er sie sich gewünscht hat.

Aus dem Bockwitzer Ländchen

wird uns folgendes Stimmungsbildchen über den letzten Streik übersandt: „Nun haben sie doch gestreikt!" Diesen Verzweiflungsschrei gab ein durch den kommunistischen Terror zum Streik gezwungener Arbeiter nach Beendigung des Streiks am Sonnabend von sich. Einer unserer Genossen fragte nach dem Ergebnis. Die sehr kleinlaute Antwort lautete: „Nichts!" Möchten doch alle Arbeiter daraus erkennen, daß es zwecklos ist, sich von kommunistischen Wirrköpfen weiter führen zu lassen. An den geschlossenen Geschäften hätten die Arbeiter schon erkennen müssen, daß in dieser gewaltigen Wirtschaftskrise das Unternehmertum froh war, daß es kommunistische Wirrköpfe gibt, welche ihm durch Entfachung eines Streiks den größten Gefallen getan haben, den der Arbeiter dem Unternehmer je tun konnte.

Arbeiter des Bockwitzer Ländchens! Wacht endlich auf, laßt die sozialdemokratische Presse, welche Euch objektiv unterrichtet und Euch vor weiteren Niederlagen bewahrt. Um einen Sündenbock zu haben an dem kommunistischen Mißerfolge, schimpft man in reichlichstem Maße auf die Gewerkschaften und macht für den „Einheitsverband" Propaganda. Dieses Gebilde soll es besser machen und stets den kommunistischen Unsinn zum Ziele führen. Sind die deutschen Arbeiter einmal bei dem kommunistischen „Einheitsverband" angelangt, dann wird bald die Unternehmerpeitsche auf ihren Rücken sausen, und dann heißt es ducken, wie zu Zeiten, wo es noch keine Gewerkschaften gab. Dann, aber auch erst dann, werden diejenigen, die heute noch auf die kommunistischen „Führer" schwören, wieder nach den alten bewährten Gewerkschaften rufen. Hoffentlich wird es dann nicht zu spät sein.

*

Torgau. Wer nicht pariert, fliegt! Wie wir hören, ist Glaschinsky aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Der letzte Kreistag der KPD. in Falkenberg soll sich auch mit dem Ausschluß befaßt haben. G. hat gegen den Ausschluß Einspruch erhoben, bis heute aber von der Bezirksleitung in Halle keine Antwort erhalten. Fürchtet die Bezirksleitung in Halle das Material, das G. zur Verfügung hat? Hoffentlich antwortet der „Klassenkampf" darauf, anderenfalls sind wir gern bereit, ihm das sonst so lockere Mundwerk in Bewegung zu setzen.

Falkenberg. Zur Nachahmung empfohlen! Die Ehefrau eines Lokomotivführers — die ungenannt sein will — übermittelte dem Preßfonds durch den Genossen Dietrich 1 Million Mark. An dieser Stelle besten Dank. Möge dieser Opfermut Nachahmer finden, damit die Presse, die wir jetzt in dieser schweren Zeit so notwendig brauchen, uns erhalten bleibt. Spenden für die Presse und für die Partei nimmt Genosse Dietrich jederzeit entgegen.

Bockwitz. Die Zentralbibliothek des Ortsausschusses der Gewerkschaften für Bockwitz und Umgegend ist geöffnet Mittwochs, abends von 7 bis 8 Uhr, und Sonntags, vormittags von 10 bis 12 Uhr. Die Bibliothek befindet sich im „Volkshaus" (Seitengebäude), Zimmer 7.

Aus der Arbeitersportbewegung.

Turn- und Sportverein „Fichte". Handball. Mittwoch, 29. Aug., 6 Uhr, spielt die 1. Mannschaft gegen die 1. Fußballmannschaft. — Donnerstag, 30. Aug., 6 Uhr, spielt Fichte I gegen Achilles I. — Resultat gegen den Kreismeister: Fichte — Ammendorf 5:4 für Halle, Halbzeit 3:1 für Ammendorf.

Zusammenbruch der sozialen Versicherung.

Erhöhung der Beiträge, Verminderung der Leistungen.

Merseburg, den 27. August.

Die durch die beispiellose Geldentwertung hervorgerufene soziale Umwälzung hat ganz besonders die Träger der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung auf das allerschwerste geschädigt. Man kann bei den Versicherungszweigen, die auf dem Kapitaldeckungsverfahren aufgebaut sind, wie der Invaliden- und Angestelltenversicherung, von einem völligen Zusammensturz sprechen. Bei diesen beiden Versicherungen waren die Beiträge so bemessen, daß ihre Höhe und ihr Wert samt den Vermögen den Ertrag deckt, der nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung mit Zins und Zinseszins erforderlich ist, um alle zukünftigen Aufwendungen an Renten usw. zu bestreiten. Demzufolge waren bis vor kurzem die Beiträge und Ausgaben so bemessen, daß hohe Ueberschüsse erzielt werden mußten.

Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt,

die Körperschaft zur Durchführung der Invalidenversicherung für diesen Bezirk, hatte es nach mehr wie dreißigjähriger Tätigkeit und größter Sparsamkeit zu einem Vermögen von 149 Millionen Mark Ende des Jahres 1921 gebracht. Nach Vorkriegsbegriffen ein großes Vermögen. Was bedeutet es aber jetzt? Die Ausgaben sind ins riesenhafte gestiegen, die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber konnten nicht entfernt gleichen Schritt halten. Jedenfalls hat die Reichsgesetzgebung unterlassen, die Beiträge rechtzeitig entsprechend zu erhöhen. Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt hat im August 1923 — allerdings ein Ausnahmemonat — rund 40 Milliarden Mark Ausgaben, denen nur etwa 1 Milliarde Mark Beitragseinnahmen gegenüberstehen. Selbstverständlich mußten durst Aufnahme von Bankkrediten Schulden gemacht werden, die in die vielen Milliarden gehen. Eine Sanierung der Verhältnisse wird vielleicht dadurch eintreten, daß erstens jetzt das Reich umfangreiche Vorschüsse gewährt und zweitens vom 20. August 1923 an eine erhebliche Erhöhung der Versicherungsbeiträge eingetreten ist. Durch die Angliederung neuer Lohnklassen für die ziffernmäßig gestiegenen Löhne sind nunmehr sozusagen die Beiträge auf wertbeständig gebracht worden. Man rechnet zukünftig mit Monatseinnahmen von 100 Milliarden Mark.

Wegen der gegenwärtigen mißlichen geldlichen Lage hat sich die Landesversicherungsanstalt auch mit einer Einschränkung der Leistungen beschäftigt. An den gesetzlichen Pflichtleistungen, den Renten, kann natürlich nichts gestrichen werden. Sind sie doch ohnehin niedrig genug. Eine Invalidenrente, soweit sie aus den Mitteln der Landesversicherungsanstalt bestritten wird, beträgt mit allen möglichen Zulagen zurzeit 480 000 Mk. jährlich! Erst die Notstandszulagen des Reiches und der Gemeinden machen die Renten nennenswert. Aber die freiwilligen Leistungen der Landesversicherungsanstalt, als welche hauptsächlich die Heilverfahren in Frage kommen, sollen eingeschränkt werden. Es sollen z. B. Zuschüsse für Kunstgebisse, Heilbehandlungen für Geschlechtskranke usw. nicht mehr gewährt werden. Gemeinden, Vereine usw. sollen Zuschüsse zu Zwecken der allgemeinen Gesundheitspflege nicht mehr erhalten. Noch schlimmer liegen die Dinge bei der

Angestelltenversicherung.

Mehr als zehnvolle Jahre wurden nur Beiträge eingehoben und Leistungen so gut wie überhaupt nicht gewährt, nur damit die nötige „Deckung" für die vom 1. Januar 1923 an möglichen Ruhegelder vorhanden waren. Auf diese Weise sind rund 1¼ Milliarde zusammengekommen, vorzugsweise angelegt in „Wertpapieren" des Reiches und der Bundesstaaten. **Jetzt, wo nun Renten gezahlt werden sollen, sind die Gelder in nichts zerflossen.** Nur durch eine ganz ungeheure Beitragserhöhung ist es möglich, die laufenden Ausgaben bestreiten zu können.

Die Krankenkassen sollen zufolge gesetzlicher Bestimmung eine Rücklage mindestens im Betrage der Jahresausgabe der letzten drei Jahre ansammeln. Es mußte dazu mindestens ein Zwanzigstel des Jahresbetrags der Kassenbeiträge benutzt werden. Zu Kriegsanfang hatten viele Krankenkassen den Reservefonds überreichlich gefüllt. Da aber die Jahresausgaben von Jahr zu Jahr wuchsen, wurde die Rücklage immer ungenügender. Die letzten Marktkürze haben diese Ansammlungen, die fast ausschließlich bei Sparkassen oder in Wertpapieren angelegt waren, als gänzlich wert- und zwecklos werden lassen. Es fehlen jetzt den Kassen alle Betriebsmittel.

Dieser Gang der Dinge zeigt, daß die soziale Fürsorge in Zukunft umgestellt werden muß, soweit sie in der Form der Versicherung aufrechterhalten wird, muß sie möglichst in das Umlageverfahren geleitet werden. Deshalb hat auch die Unfallversicherung, die diese Grundlage von Anfang an besitzt, jetzt am verhältnismäßig besten abgeschnitten.

Mansfelder Lande.

Republikanische Notwehr.

Morgen, Mittwoch, abend pünktlich ½8 Uhr: Treffen. Es wird um allseitiges und pünktliches Erscheinen ersucht. Die Gruppenführer treffen sich eine Viertelstunde früher.

„Zufriedenstellend . . ."

Die kapitalistische Presse Mansfelds enthält folgende vielsagende Notiz:

„Im Prospekt über die zum Handel an der Börse zugelassenen 80 Millionen Mark neuen Aktien wird mitgeteilt: „Der Geschäftsgang zu Anfang der abgelaufenen Hälfte des Geschäftsjahres war zufriedenstellend. Es konnten angemessene Ergebnisse erzielt werden. Ueber die weiteren Aussichten lassen sich bei der völligen Unsicherheit der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zuverlässige Angaben nicht machen"

Will auch die Arbeiterschaft angemessene Ergebnisse erzielen, dann muß sie vor allem ihre Organisationen — mehr als das bisher leider der Fall ist — in jeder Hinsicht stützen. Nicht Zwietracht unter die Reihen der Arbeitsbrüder säen, sondern den Gedanken der Solidarität pflegen! Das Unternehmertum kann nur deshalb zufrieden sein, weil es einig ist. Merkt Euch das, Proletarier!

Ein vielsagender Unterschied.

Schulärztlicher Bericht über die ärztliche Untersuchung der Schulkinder 1923.

Die diesjährige Schulunterfuchung mit anschließender Auswahl bedürftiger Kinder für Quäkerspeisung hatte folgendes Ergebnis: Zufriedenstellend war der Gesundheitszustand der Kinder im Gymnasium und Oberrealschule; hier kamen verhältnismäßig wenig Kinder zur Speisung, und zwar brauchten nur die unteren Klassen berücksichtigt zu werden. Für Gymnasium wurden 15 Stellen, für die Oberrealschule 40 Stellen besetzt. Etwas schlechter war das Ergebnis der Untersuchung im Lyzeum, hier wurden zirka 35 Stellen vergeben. Zufriedenstellend war auch das Untersuchungsergebnis in Seminarübungsschule, dies liegt daran, daß hier schon bei Eintritt in die Schule eine Sichtung vorgenommen werden kann.

Wie zu erwarten, ist der körperliche Zustand der Kinder der Volksschulen und der Hilfsschule am schlechtesten. Hier sind es besonders die Kinder, die in den Jahren 1915 und 1916 geboren sind. In den Klassen jener Jahrgänge sind etwa zwei Drittel als körperlich minderwertig zu bezeichnen. Leider ist auch hier die Zahl der als skrofulös bezeichneten Kinder noch verhältnismäßig hoch. Es kommen 7 bis 8 auf eine Klasse von 35 Kindern.

Erfreulicherweise ist der körperliche Zustand derjenigen Kinder, die 1923 in die Schule gekommen sind, ganz erträglich, jedenfalls viel besser als die Jahrgänge 1915/16. Zu berücksichtigen ist allerdings der Umstand, daß eine Anzahl schulpflichtiger Kinder wegen ungenügender körperlicher Entwicklung auf 1 Jahr vom Schulbesuch befreit wurden. Mit Genugtuung konnte festgestellt werden, daß einer großen Zahl von Kindern die Quäkerspeisung sehr gute Dienste getan hat. Nur ein einziges Kind, ein Schüler der Grabenschule, wurde ohne Hemd angetroffen.

* **Zusatzrenten für Kriegerhinterbliebene.** Von der Amtlichen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene im Stadtkreis Eisleben wird uns mitgeteilt: Für diesen Monat findet nochmals am kommenden Donnerstag und Freitag, vormittags von 9 bis 1 Uhr, eine Zahlung der Zusatzrenten für Kriegerhinterbliebene und Kriegsbeschädigte in der üblichen Reihenfolge statt. Für allen übrigen Verkehr bleibt an diesen Tagen das Bureau geschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

Berichterstatter in Bockwitz. In Berücksichtigung der schlechten geographischen Verhältnisse werden Ihre Einsendungen von jeher bevorzugt behandelt. Wenn die Berichte trotzdem so spät erscheinen, so liegt das bestimmt nicht an uns, sondern an der schlechten Postverbindung. Was an uns liegt, eine noch schnellere Veröffentlichung zu bewerkstelligen, soll geschehen. Gruß K.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Feuilleton, Genossenschaftliches und Lokales: Hermann Lange; für Gewerkschaftliches, Provinz und Sport: Gottl. Kasparek; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gw:3:1-171133730-17067526219230828-15/fragment/page=0006